

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Regierungs-Verzeichnisse für 1895 unter Nr. 7128.

Inferrious-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Geltendmachung oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungsbillets 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Carl L. Br. 1898. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 23. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### Das Zentrum als Lotteriespieler.

Eine seltsame Laune der Zeitgeschichte hat es gefügt, daß das Zentrum beinahe in demselben Augenblick, in welchem es sich im Reichstag auf das Lotteriespiel mit der Umsturzvorlage in der bekannten Weise einließ, in einem kleineren deutschen Parlamente dem wirtlichen Lotteriespiel mit charakteristischem Eifer das Wort rebete. Ein paar Worte über den ideellen Zusammenhang dieser beiden Erscheinungen weiter unten. Zunächst wird man neugierig sein, zu hören, wo das sittenstrenge Zentrum als eifriger Vorkämpfer der Lotterie aufgetreten ist.

Im heffischen Landtage, der seit kurzem wieder tagt als dritter im Bunde neben Reichstag und preussischem Abgeordnetenhaus, haben die Zentrums-Abgeordneten Penrich und Genossen den Antrag eingebracht, zu beschließen: „An große Staatsregierung das Ersuchen zu richten, den Ständen eine Gesetzesvorlage, betreffend Einführung einer heffischen Staats-Lotterie zugehen zu lassen.“ Sie sind im Jahre 1890 schon einmal mit diesem Antrage durchgefallen, aber mit der ihnen eigenen Zähigkeit heuer wieder auf denselben zurückgekommen. Der Ausschuß, dem die Sache zugewiesen wurde, beantragte in seiner Mehrheit, dem Verlangen zu willfahren, in seiner Minderheit demselben keine Folge zu geben. Am 12. und 15. d. M. fanden die Hauptdebatten über diese Frage in der zweiten heffischen Ständekammer statt. Die Regierung gab wie im Jahre 1890 die kategorische Erklärung ab: „sie halte die Lage nicht so verzweifelt, daß sie zu so einem verwerflichen Mittel greifen müßte, den Steuerzahlern das Geld aus der Tasche zu nehmen. Das sei ein unrechtmäßiges Mittel, sich Einnahmen zu verschaffen und sie bleibe deshalb dabei: „Wir wollen solches Geld nicht, es riecht.“ So wörtlich der heffische Finanzminister. Unsere Genossen und einige Nationalliberale sprachen und stimmten gegen den Zentrumsantrag, die Freisinnigen mit den Zentrumsleuten für denselben. Es half nichts, daß die öffentliche Moral und große wirtschaftliche Bedenken ins Feld geführt wurden. Der Abg. Wolfsehl vermißt mit Recht „den nötigen Ernst“ bei den Befürwortern der Lotterie, die im Jahre 1832, zur selben Zeit wie in Frankreich und sechs Jahre nach England, in Hessen aufgehoben wurde. Der Alterspräsident des Hauses, Abg. Pfannstiel, erinnerte daran, daß, wie er sich aus seiner Jugendzeit recht gut entsinne, durch die frühere heffische Staatslotterie ganze Bauerngüter zu Grunde gerichtet worden seien; er schilderte das Glend, das durch die Kollekture herbeigeführt würde, die namentlich das platte Land überschwebmen und die Bauern „mit allen möglichen Redensarten beschwindeln“. Unsere Genossen hoben den Charakter der indirekten Steuer hervor, welchen die Lotterie trage und geistelten die bürgerliche Moral, die sich hier so leicht mit dem Spielteufel abfinde. Sie hätten auch daran erinnern können, wie herrlich weit wir

es seit 1849 gebracht haben, weil jetzt von solcher Seite ein Antrag wieder auftaucht, den die gottesfürchtige Frankfurter Nationalversammlung damals, in ihrer Sitzung vom 9. Januar 1849, mit Entrüstung von sich gewiesen hätte, als sie ihre berühmten Beschlüsse gegen alle Spielbanken und Staatslotterien faßte und als Bischof von Tübingen ausrief: „Seien wir einmal einig in einer Frage der politischen Moral und greifen wir rasch durch: schlagen und treten wir diese Schandbanken alle mit einem Schlage zusammen.“ Aber es hätte auch nichts geholfen. Das Zentrum in der heffischen Kammer schloß sich einmal als Lotteriespieler. Eine Staatslotterie wirke anregend auf den Sparsinn, so sagte wortwörtlich der Abg. Penrich. Und wie alles sich heute auf die soziale Frage zuipft, so spielte auch hier das Zentrum als höchste Triumphe seine sozialpolitische aus. Der Abg. Wasserburg-Mainz meinte: „Es heiße zwar, im Schweiße des Angesichts sollen wir unser Brot erwerben“, und der Bericht der Ausschußminorität verdamme jeden müßelosen Erwerb; aber wer könne behaupten, daß man im Schweiße seines Angesichts mehr verdiene als sein täglich Brot? Darum, wenn man sich zum Wohlstand emporzuschwingen wolle, so brauche man genügend Intelligenz, um andere ansäuben zu können, oder man brauche Glück. Und dem Glück solle jetzt Thür und Thor geöffnet werden, damit auch der kleine Mann einen Weg finde, der ihn zu besseren Verhältnissen führe... alle diejenigen, die in Wohlstand gelangt seien oder über ein gewisses Vermögen verfügten, hätten alle entweder gut geheiratet oder geerbt, also gewiß auch müßelos erworben.“ Auf die Geständnisse einer schönen Zentrumsseele hin, die es sicher wissen muß und auf die wir gleich zurückkommen, wurde dann auch richtig der Antrag Penrich mit einer Mehrheit von 30 Stimmen angenommen. Eine deutsche Volksvertretung wünscht im Jahre des Heils 1895 die Einführung einer neuen Staatslotterie zu den bereits vorhandenen fünf in Preußen, Mecklenburg, Hannover, Braunschweig und Sachsen, und sie wünscht es gegen den Willen der bundesstaatlichen Regierung! Auch ein Zeichen der Zeit.

Aber das Zentrum als Lotteriespieler! Noch selten hat die Zeitgeschichte so seine Symbolik getrieben. Lotteriespiel im Kleinstaat, da, wo man sich vor allzu neugierigen Blicken ein wenig gedeckt glaubt, aber auch Lotteriespiel im Reichstage, wo man alle seine früheren „Ideale“ zum Teufel jagt, um beim Kuhhandel über die Umsturzvorlage ein großes Loos zu gewinnen. Dort der „geringe Ernst“ bei moralischen Fragen, über den zum Zentrum ein nationalliberaler Redner klagen muß, und hier eben gar keine politische Moral mehr, Gröber'sche Giergänge, plumper und gröber, als sie je Windhorst verbrochen hat, einfacher Verrath an aller Volkspolitik, die das Zentrum zu treiben vorgiebt. Als ein Zeichen „verderbter Administration“ brandmarkte 1849 im deutschen Parlament ein Redner die Staatslotterien, und hinter einer Vorlage der ver-

derbtesten Verwaltung der bankrotten Staatsweisheit läuft jetzt auch im Reichstage das Zentrum mit aufgebobener Hand her, um eine milde Gabe für ihre Bemüßung heischend. Und damit man die sozialpolitische Erkenntnis, trotz welcher das Zentrum dieses Lotteriespiel treibt, in ihrer ganzen Reinheit vor Augen habe; damit männiglich einsehe, daß die Zentrumsleute die Noth und die Beschwerden des Volkes genau kennen, die Noth und die Beschwerden, die Millionen zum „Umstürzler“ machen — deshalb spricht es der Zentrums-Abgeordnete im heffischen Landtag ganz offen aus: „Niemand kann heute im Schweiße seines Angesichts mehr verdienen, als sein täglich Brot!“ Wer „sich zum Wohlstand emporzuschwingen will“, muß „andere ausbeuten können“ oder Geld heirathen zur höheren Ehre der bürgerlichen Sittlichkeit. Der heffische Zentrumsredner bestätigt in dem Augenblick, in welchem die notwendige Reaktion gegen diese unwürdigen Zustände unter ein Ausnahmegesetz gestellt werden soll, die Berechtigung unserer ganzen Bewegung, er legt die Hauptwurzeln derselben klar, und trotzdem sind seine eigenen Parteigenossen im Reichstag bereit, Anebel und Runte, Spieße und Stangen denjenigen zu reichen, die sich einbilden, die Unzufriedenheit mit brutaler Gewalt totzuschlagen zu können. So spielt man allerdings Hazard, so spottet man aller Vernunft und aller Ueberlegung, so fordert man das letzte große Gericht mit auf sein Haupt heraus. Man reicht dem „Glück“, den Macht-habern die Hand, um in dem großen Pott, in dem es siedet und braust und zischt, noch einen Happen zu erwischen. Nach uns die Sintfluth! Heute der Lotteriegewinn beim gewagten Spiele!

Sollte noch mancher in den Reihen des Zentrums stuhlig werden vor solchem Beginnen, das enden muß, wie alle auf dem Hazard aufgebauten Existenzen enden müssen, so könnte er sich und seine Sache darum beglückwünschen. Wir haben wenig Hoffnung darauf. Die Zeiten, in denen auf der Seite des Zentrums geistreiche Leute standen, scheinen vorüber zu sein. Wie schrieb doch der Bischof Retteker von Mainz vor dreißig Jahren? „Gott hat dem Menschen die Herrschaft über die Natur und die Herrschaft über die Thiere gegeben, er hat dir aber nicht die gleiche Herrschaft über deine Mitmenschen gegeben, du siehst als Mensch ihm gleich gegenüber.“ Und Geheimerrath Nath Wagener meinte 1885 in seinen „Mängeln der christlich-sozialen Bewegung“: „Eine Verletzung in die zweite Klasse des Bürgerrechts wird schwerlich jemals die Wirkung haben, daß die Masse der Bevölkerung diejenigen, von denen eine solche ausgeht, als ihre Wohlthäter betrachtet oder ihrerseits von besonderer Liebe zu deartigen Institutionen durchdrungen wird.“ Und heute würfeln die Zentrumsleute richtig mit den Kriegsknechten um ein paar Fehden des Mantels, mit dem sie ihre Sünden decken möchten. Lotteriespiel und Lotteriespieler! Der Kagenjammer folgt von selbst nach.

### Feuilleton.

#### Am Exil.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Sage lieber ein lächerlicher Mensch, antwortete Darcy. Für drei Tage wird er ein großer Mann sein, dann wird er mit seinem Eichenkranz auf dem Pflaster liegen. Was soll ein Direktor nur mit einem solchen Charakter beginnen?

René wartete ungeduldig auf das Erscheinen des „Unparteiischen“. Er stürzte sich auf die Nummer, so bald sie ihm gebracht wurde.

Eine Kanaille, dieser Bernheim! rief er. Er hat meinen Brief nicht veröffentlicht.

An stelle dessen erklärte der „Unparteiische“ sich in einer kurzen anonymen Notiz nicht einverstanden mit dem „dreifachen Angriff“ gegen die Diskontobank, bedauerte es, sich zum Echo ungerechtfertigter Anklagen hergegeben zu haben, die zweifellos von irgend einem Börsenjobber, der auf Kosten eines über jeden Verdacht erhabenen Etablissements auf die Baisse spekulieren wollte, inspiriert worden seien.

Welche Gemeinheit! rief René. Will man den Glauben erwecken, daß ich dafür bezahlt worden bin, daß ich die Diskontobank angegriffen habe? Wenn man so unverschämte Behauptungen niederschreibt, unterzeichnet man sie doch wenigstens.

Da ist einer, der Entrüstung zu verkaufen hat! zischelte Darcy.

In seinem Alter! sagte Valentin grinsend hinzu. René hörte die Worte nicht, ahnte aber, daß man über ihn spottete, heftig erregt rief er deshalb den beiden Journalisten zu:

Sie beide müssen wissen, wer diese Zeilen geschrieben hat.

Der Ton, in dem er dies sprach, klang beinahe drohend.

Vielleicht, antwortete Darcy mit einem Phlegma, daß René noch mehr erbittern mußte.

Nun, so werden Sie ihn mir nennen.

Nicht so hitzig, mein Kleiner! erwiderte Valentin in spöttischem Tone. Du bist sehr liebenswürdig, aber Achtung vor dem Redaktionsgeheimniß!

René war nicht in der Stimmung, Spaß zu verstehen, und ließ nunmehr seinem alten Groll gegen diese Art, eine Sache ins Lächerliche zu ziehen, freien Lauf.

Ah ja! rief er. Immer diese blödsinnigen Wiße. Ein bequemes Mittel, um sich eine Antwort auf eine peinliche Frage zu ersparen. Aber hören Sie mich an. Da Sie wissen, wer der Verfasser des Artikels ist, so können Sie ihm von mir sagen, daß er ein Lügner, ein Feigling ist.

Dabei warf er seinen beiden Kameraden so zornsprühende Blicke zu, als hätte er jeden von ihnen im Verdacht. Einen Augenblick fühlten die beiden sich sehr unbehaglich. Sie wurden der Zeitpunkt einer allgemeinen, nichts weniger als angenehmen Aufmerksamkeit. Die Thür wurde geöffnet — Cayrolaz trat ein.

Meiner Treu! rief Darcy, wenn man vom Wolf spricht...

Habt Ihr Zucker auf meinem Kopf zerbrochen? sagte Cayrolaz lachend. Ich behalte mir die Rache vor. Was habt Ihr über mich gesagt?

Bitte Messant, daß er es wiederholt, erwiderte Darcy.

Halt! Messant ist da?

Und Cayrolaz ging mit ausgestreckter Hand, das Gesicht zu einer Grimasse, die Beileid ausdrücken sollte, verzogen, auf René zu.

Doch René schaute ihm gerade in die Augen und sagte mit schneidender Stimme:

Gast Du die Notiz im heutigen „Unparteiischen“ über die Diskontobank geschrieben?

Wer hat Dir das gesagt? ... fragte Cayrolaz überrascht und fassungslos.

Das ist gleichgiltig. Warst Du es?

Mein Gott, ja! Bernheim hat mir die Gedanken gesagt und ich habe die Feder gehalten.

Weißt Du, daß dieser Artikel eine Gemeinheit ist?

Messant! Messant! rief Verdier, der ihn zurückzuhalten suchte.

Zu spät! Das Wort war gefallen. Jetzt glich es der Kugel, die, nachdem sie das Gewehr verlassen, ihrem tödtlichen Ziele zustreift und die keine menschliche Macht mehr aufhalten kann.

Cayrolaz war bleich geworden. Er war verblüßt und wüthend zugleich und hatte die Empfindung eines Mannes, der eine Ohrfeige in dem Moment empfängt, wo er auf einen alten Bekannten zugeht, um ihm guten Tag zu sagen. Vielleicht hätte er sich, wenn er mit René allein gewesen wäre, darauf beschränkt, ihm eine Aufklärung zu geben. Allein hier starteten ihn zwanzig Augenpaare neugierig an. So war er genöthigt, Stand zu halten.

Du wirfst das Wort zurücknehmen, sagte er mit einem letzten Versuch einzulernen.

René, der ganz außer sich war, antwortete nur durch ein verächtliches Lächeln.

Es ist gut. Ich weiß, was ich zu thun habe, sagte Cayrolaz.

Und sich an Valentin und Darcy wendend, fügte er hinzu:

Sie werden wohl die Güte haben, mir als Zeuge zu dienen, nicht wahr, und sich mit den Zeugen dieses Herrn in Verbindung setzen.

\* Lächerlich, Feigheit, Gemeinheit, die höchste Beleidigung in Frankreich, die nach dem Kommet ein Duell unvermeidlich macht.

# Der Fall Zietzen,

der vorigen Sonnabend von Grillenberger in der Debatte über die „Reform“ der Gerichtsverfassung erwähnt ward, ist noch krasser, als der Redner es andeutete. Nicht um eine Stunde, sondern nur um 5 Minuten — fünf Minuten — Zeitdifferenz zwischen der Elberfelder Post und der Elberfelder Eisenbahnzeit handelt es sich. Diese Differenz, deren Feststellung die Möglichkeit der Schuld des zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurtheilten absolut ausschließt, ist im allgemeinen, d. h. als eine dauernde nachgewiesen worden. Die Wiederaufnahme des Verfahrens wurde vom Ober-Landesgericht deshalb abgelehnt, weil die Zeitdifferenz speziell für die Nacht des Verbrechens, den 25. Oktober 1888, nicht nachgewiesen sei. Diesen Beweis zu erbringen, ist Zweck des Urtheils, den wir in Nr. 12 des „Vorwärts“ veröffentlichten.

Uebershaupt liegen die Dinge in diesem Prozesse so, und ist der Indizienbeweis so schwach, daß sich die öffentliche Meinung wiederholt mit dem Prozesse beschäftigt hat, und daß ziemlich in allen Kreisen, wo dies geschehen ist, nicht bloß Zweifel an der Schuld Zietzen's angetaucht sind, sondern die positive Ueberzeugung von dessen Unschuld sich herausgebildet hat. Wir haben bereits eine ganze Literatur über diesen Prozeß; und jedem, der sich informieren will, empfehlen wir die bezügliche Schrift Paul Lindau's, der hier einmal in dem Dienst einer guten Sache steht.

Nachfolgendes amtliche Aktenstück, das noch nicht veröffentlicht worden ist, und um dessen Abdruck wir alle für die Angelegenheit sich interessirenden Blätter ersuchen, wirft großes Licht auf diese Justiztragödie. Elberfeld, den 7. April 1890.

An Herrn Staatsanwalt Binoff Hochwohlgeboren hier.

Auf Ihre geehrte Zuschrift vom 1. d. M. die Strafsache gegen den Barbier Zietzen und mein darauf bezügliches Schreiben an den Rechtsanwalt Dr. Friedmann in Berlin vom 26. Mai v. J. betreffend, mit dem Ersuchen, mich eingehend über meine etwaige Wissenschaft zur Sache zur äußeren, verfehle ich nicht nachfolgendes zu berichten.

Als ich mich am 25. Oktober nachts in meiner Eigenschaft als Kreiswundarzt, auf Requisition der Polizei, zu der erschlagenen Frau Zietzen begeben hatte, ordnete ich deren Ueberführung in das städtische Krankenhaus an und begab mich alsdann sofort zur Polizeiwachmeisterstube, um die dazu erforderliche amtliche Bescheinigung anzustellen. Da ich dort den verhafteten Zietzen antraf, so forderte ich ihn auf, sich von mir wegen Blutspuren untersuchen zu lassen. Mehrere Polizeibeamte standen daneben und nahmen an der Besichtigung theil. Die Besichtigung war eine sehr gute. Zietzen war mit einem feinen schwarzen Anzuge bekleidet und hatte eine untadelhaft reine weiße Wäsche an, soweit ich dieselbe zu Gesicht bekam. Mein Augenmerk war zunächst auf Hemd und Manschetten gerichtet; ich fand aber an den sämmtlichen Kleidungsstücken keine einzige Blutspur, und nur an einem Stiefel eine erbsengroße, bräunliche, granulirte Masse, welche wie Gehirnsubstanz ausah. Hätte sich an einer Manschette irgend etwas Verdächtiges vorgefunden, so würde dieselbe von den Polizeibeamten sofort beschlagnahmt und zu den übrigen Sachen gelegt worden sein, welche Zietzen abgenommen worden waren und neben mir auf dem Tische lagen. Späterhin hat Polizeikommissar Gottschall eine Untersuchung des Zietzen vorgenommen und darauf eine seiner Manschetten konfiskirt, auf welcher sich diverse rothe, wie man annahm, Blutspuren befanden. Dieselben waren nicht vorhanden, als ich in Gegenwart der Polizeibeamten die Untersuchung vornahm; Zietzen konnte ich sie nicht, weil ich nach Blutspuren suchte. Dazu sehe ich in der Nähe zu schwarz; mein bloßes Auge ist einer Loupe gleich.

Von diesem Besuche des Polizeikommissars Gottschall hatte ich übrigens nichts gesehen noch erfahren, wie auch von den anderen Ueberführungsfällen an dem Messer des Zietzen, welches letztere ich übrigens auf der Wachtstube nur oberflächlich betrachtet hatte, bis erst am Schnurgerichte selbst, gegen Ende der Zeugenvernehmung. Den Zeugenverhandlungen, soweit sie sich auf die Ueberführungsfälle bezogen, hatte ich auch nicht beigewohnt, da ich selbst als Zeuge vernommen werden sollte. Als ich dann als Sachverständiger über die Ueberführungsfälle befragt wurde, war ich vollständig unvorbereitet, worüber ich mich auch bei dem Vorstehenden beschwerte. Zu meinem größten Ersauern sah ich nun die bestrohten Flecken auf der leinwandenen Manschette, welche zwar nur die Größe eines Etuabekopfes und darunter hatten, sich aber grell von der weißen Fläche abhoben. Es waren ihrer etwa 4 bis 5 an einem Ende der Manschette, auf einem Theile von etwa 8 cm. Ausdehnung. Erst während des Plädoyers konnte ich dieselben mit Ruhe und Muße betrachten; sie waren

hellroth, circumscript, scharf umgränzt, und saßen fest im Gewebe der Manschette; letzteres ist bei Blutspuren auf dem glatten Gewebe einer Manschette nicht möglich. Blutspuren liegen mehr auf und lassen sich von der Oberfläche mehr oder weniger abtragen, wonach sie dann noch einen mattröthen Fleck im Gewebe hinterlassen. Spritzen von Rothwein konnten es auch nicht sein, denn dieselben sind mehr bläulichroth, und wären nicht so scharf umgränzt gewesen. Ich mußte diese rothen Flecken für Spritzen oder Punkte von rother Tinte halten. Doch glaubte ich damals, sie wären durch irgend einen Zufall nach meiner ersten Besichtigung der Manschette an dieselbe gerathen.

Das Verdict der Geschworenen überraschte mich, da ich unter den gegebenen Verhältnissen den Zietzen wohl des Todtschloßes für schuldig hätte halten können, aber nicht des Mordes. Doch ich dachte: hier ist Volles Stimmes Gottes Stimme.

Nachherhin immer mehr gewichtige Bedenken gegen die Schuld des Zietzen auftraten, dachte ich auch daran, daß Zietzen, wenn er seine Frau erschlagen haben sollte, nachdem er von Köln zurückgekehrt war, unmöglich noch Zeit haben konnte, auch den Hammer abzuwaschen und den blutigen Stiel mit seinem Messer abzuschälen. Woher rührte dann das blutige Holzspähchen am Messer des Zietzen? Ich selbst war von der Wachtstube aus, gerufen worden, als Zietzen auf derselben verhaftet eingebracht worden war; und als die Wachen, welche mich gerufen hatten, eben fortgegangen waren, schlug es auf der alten lutherischen Kirche 12 Uhr. Diese Uhr ging damals und geht auch noch, wie die meisten städtischen Uhren, 4 bis 5 Minuten vor der Bahnhofsubr. Als Zietzen mit dem Zuge 11 Uhr 8 Minuten abends auf dem Bahnhof ankam, war es in der Stadt 11 Uhr 12 oder 13 Minuten. Also mußte Zietzen, von dem Bahnhofe nach Hause geeilt, dort mit seiner Frau in Streit gerathen sein, dieselbe erschlagen, die Reinigung am Hammer vorgenommen, die Beute im Hause zu Hilfe genommen haben, dann zu Dr. Hertmanni und dann zu seinem Schwager Härtel in der Wilhelmstraße, jedesmal mit einem entsprechenden Aufenthalte, und darauf nach Hause zurückgekehrt sein, wo er verhaftet und nach der Polizeiwachstube abgeführt wurde. Dann bin ich gerufen worden — das alles innerhalb 47 bis 48 Minuten!

Ein oder zwei Jahre nach dem Prozeß habe ich eines Abends spät, bei trockenem Wetter, vom Perron des Bahnhofes aus die Ruhestätte des Zietzen, welche er an jenem verhängnisvollen Abende zurückerlegt hatte, möglichst getreu nachzuahmen gesucht mit dem entsprechenden Aufenthalte an den verschiedenen Häusern, mit Ausnahme an seinem Hause, bis zur Polizeiwachstube und dann den Weg nach meinem Hause. Die Minutenzahl, welche ich dazu gebraucht habe, ist mir nicht mehr erinnerlich; aber es blieb dem Zietzen dann so wenig Zeit übrig für sein Verbleiben in seinem Hause, daß ich sagen mußte: Zietzen hatte ganz recht, wenn er immer und immer wieder sich auf die Uhr als seine beste Schutzrugin berief; am allerwenigsten konnte man ihm, wenn er die That begangen haben sollte, noch Zeit zur Reinigung des Hammers zurechnen.

Vor etwa 6 Wochen erfuhr ich von Herrn Rechtsanwalt Plücht, daß der Verteidiger des freigesprochenen Mitbeschuldigten Wilhelm, Herr Rechtsanwalt Zahnen, gegen ihn oder andere seiner Kollegen gekümpft habe, Wilhelm habe damals ihm, seinem Verteidiger, gefanden, daß nicht Zietzen, sondern er selbst, die Frau Zietzen erschlagen habe. Dasselbe soll Wilhelm späterhin auch anderen Personen gegenüber ausgesprochen haben.

Wenn Wilhelm nun die Frau Zietzen erschlagen hat, zu welchem Grunde weiß ich nicht, so blieb immer noch übrig anzunehmen, derselbe habe das im Auftrage von Zietzen gethan, und letzterer habe dann noch das übrige im Hause besorgt.

Wenn bei Zietzen auch dafür die Zeit noch zu knapp erscheine, so kommen aber auch noch andere Gründe in Betracht, welche es höchst unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß Z. sich für diesen Zweck dieses barmhertigen 17jährigen Jungen bedient haben sollte; dafür konnte er bessere Leute haben, umso mehr als sog. Louis in einem separaten Zimmer seiner Wirthschaft viel verkehrt haben sollen. Zudem verfuhr er so streng mit dem Jungen und mißhandelte ihn so häufig, daß er ihm einen solchen Auftrag unmöglich ertheilen konnte.

Zietzen war, abgesehen von seiner Robheit und maßlosen Heftigkeit, ein kluger und wohlberedender Mann, der seinen Vorteil gut zu wahren verstand. Seine Frau war ihm eine gute Hausfrau und gute Mutter für die Kinder, und dazu war sie so wenig eifersüchtig, daß sie ihn in seinen geschlechtlichen Ausschweifungen ruhig gewöhnen ließ. Wenn er ein zweites, eine dritte Frau bekam, so konnte er nicht erwarten, daß dieselbe ebenso günstig für ihn ausfiele, besonders aber in bezug auf Eifersucht. Denn dieser J. würde sich auch fernerhin nicht mit einer einzigen Frau begnügen haben. — Ob er hatte J. Grund zu befürchten, seine Frau trübselig zu verlieren; denn sie litt, wie die Obduktion erweist, an Gallensteinen; dieselben führen zeitweise zu heftigen Koliken und können auch den Tod herbeiführen.

## Johannes Wedde.<sup>1)</sup>

Ein Gedentblatt von M. Wittig.

Er hatte ein sonnenhaftes Wesen, in seiner Nähe wurde es einem hell und warm! — So charakterisirte einst ein Freund unseren unvergessenen und unvergesslichen Genossen Wedde, der am 12. Januar 1890 dahingegangen ist. Es gehört mit zu den Dingen, die mir unendlich weh thun, daß der Zufall mir keine persönliche Begegnung mit diesem bedeutenden und guten Menschen vergönnt hat. Und jedesmal, wenn ich mit einem ihm persönlich Bekannten von ihm spreche, höre ich so viel Schönes und Edles, daß dieses Bedauern von neuem schmerzlicher rege wird. So muß man sich eben an das Bleibende seines Lebenswerkes halten. Bedeutsamer erscheinen wir freilich auch so noch unsere Hamburger und andere Freunde, die mit ihm Seite an Seite leben, kämpfen und kämpfen dürfen. Laufende werden sich heute mit Freude und Wehmuth dieses Glückerer erinnern, vorab unsere Hamburger Freunde, die ihn vor fünf Jahren so ehrenvoll das Geleit gaben zur letzten Ruhestätte, ehrenvoll für ihn und für uns! Einem Sieger gleich lehrte der Ausgewiesene nach Hamburg wieder heim, dessen dritter Wahlkreis ihn zu seinem Volksvertreter auswählten hatte.

Wir stolzer Freunde erinnern wir uns heute seiner und rufen aus: Er war unser! Er ist unser! Haben wir doch seines Denkens und Tachtens Ergebnisse in seinen Schriften, die Freundestücke in einer schäönen Gesamtausgabe der deutschen Erweit. darbietet. In Permann's Gränzing's Verlag sind bis jetzt zwei Bände davon im Laufe des vorigen Jahres in vorzüglicher Ausstattung erschienen.

Die Gedankengänge Wedde's nachzuwandeln, ist eine Kunst, auch für den, der andere Wege zu gehen für richtiger hält. Wer möchte einem jener so gewissen Idealisten, wie Wedde einer war, nicht das Recht, es selbst zu sein, freudigen Dergens einräumen?

Nie kann einer, der an sich selbst arbeitet, höheres wollen, als das, was Wedde in die Worte kleidet:

Ich will mit hartem Triebe  
Ein ganzer Mensch nur sein,  
Was menschlich, fühlend schauen  
Und ohne Lüge bauen  
In einem reinen Garten  
Der Wunsch ist einzig mein.

<sup>1)</sup> Der Gedenttag an den Tod Johannes Wedde's war schon am 12. Januar. Leider können wir aber das nachfolgende Gedentblatt erst heute veröffentlichen, da wir des fortwährenden starken Stoffdranges wegen bisher nicht Raum dafür schaffen konnten. Hoffentlich werden es die Genossen auch heute noch mit Interesse lesen.

Wenn nun Zietzen unschuldig an dem gewaltsamen Tode seiner Frau ist, so müssen nach meinem Dafürhalten die Ueberführungsfälle gefälscht gewesen sein.

Der Königl. Kreisphysikus.  
(gez.) Dr. Berger.

## Politische Ueberlicht.

Berlin, den 22. Januar.

Zur Reichstags-Debatte wurde heute die Zollnovelle beraten. Der Quebracho-Holz Zoll stand nicht auf der Tagesordnung, aber desto mehr wurde von ihm geredet. Die Regierung fand Beifall bei den Agrariern und Nationalliberalen, weil ihnen jede Erhöhung der Zölle erwünscht ist. Herr v. Stumm sprach das große Wort gelassen aus, daß heute für die Verminderung des 5 Mark-Zoll auf Getreide keine Majorität im Reichstage zu finden wäre. Wie sehr er damit den Reichstag beleidigt, und wie er sich dabei beschimpft, fühlt er nicht. Unseren Standpunkt den Zoll-erhöhungen gegenüber vertrat in treffender Weise Genosse Wurm.

Noch eine Reichstags-Nachwahl muß stattfinden und zwar in Eisenach-Drumbach infolge der Mandatsniederlegung des freisinnigen Abgeordneten Casselmann. Bei der letzten Hauptwahl erhielt der national-liberale Kandidat '5828, der Freisinnige 8806, der Antikomit 1623, der Centrumskandidat 809 und der sozialdemokratische Mandatswerber 2409. Es war somit eine Stichwahl erforderlich, bei der der freisinnige Casselmann mit 7570 Stimmen über seinen nationalliberalen Gegner siegte, auf den 7560 Stimmen gefallen waren. Bei Ausparung aller Kräfte dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß in der nun erforderlichen Nachwahl der Kandidat unserer Partei in die Stichwahl kommt.

Zur Unsturzvorlage beantragt der Abg. Dr. Barth, die Kommission möge beschließen, in § 111a, durch welchen bestraft werden soll, wer dieser, im Paragrafen besonders aufgeführte strafbare Handlungen „anpreist oder erlaubt darstellt“, die §§ 124 (Landfriedensbruch) und 253 (Erpressung) zu streichen, dagegen die §§ 201, 202 und 205 (Veräußerung zum Zweifels) in den Paragrafen aufzunehmen. Weiter beantragt Dr. Barth in den § 111a die Worte aufzunehmen: „in der Absicht anpreist oder als erlaubt darstellt, dadurch zur Begehung der bezeichneten strafbaren Handlungen anzureizen“.

Herr Dr. Barth folgt mit seinen Anträgen den Vorschlägen, wie sie Herr L. von Bar in einem Artikel der „Nation“ gemacht hat. Für die Praxis würde die von Barth beantragte Einschränkung freilich nur geringe Bedeutung haben. Dem Richter ist es in das freie Befinden gestellt zu entscheiden, in welcher Absicht der Angeklagte gehandelt hat, und daß unsere Richter in neunzig Fällen von hundert annehmen werden, der Sozialdemokrat habe in der „Absicht“, zur Nachahmung „anzureizen“ gehandelt, ist ebenso selbstverständlich, wie die Richter bei den Angehörigen anderer Parteien eine solche Absicht für ausgeschlossen halten werden. Solche Kautschulparagrafen gehören einfach abgelehnt nicht amendirt.

Die Ausschließung unseres Vereins- und Versammlungs-Gesetzes soll von der preussischen Regierung bestimmt in Aussicht genommen worden sein. Mit der Vorlage will sie, wie wir gleich nach Bekanntwerden der Thronrede vernutheten und wie jetzt von mehreren Seiten bestätigt wird, erst hervortreten, wenn das Schicksal der Unsturzvorlage, im Reichstage entschieden ist. Die „Germania“ bemerkt hierzu im Anschlusse an eine Auslassung der „Volks-Zeitung“:

Vielleicht können die Kommissarien der preussischen Regierung in der Unsturzkommission des Reichstags schon jetzt bestimmten Ausschluß über das Bestehen eines solchen Gesetzes und event. über den Inhalt der geplanten Vorlage freiwillig geben oder zu geben veranlaßt werden. Jedenfalls wird es für die Beurtheilung der Unsturz- und Oppositionsvorlage, die für das ganze Reich bedeutsam ist, von wesentlichem Werthe sein, schon jetzt authentisch festzustellen, welche weiteren Schritte zur Bekämpfung des Unsturzes parallel mit der Reichsgesetzgebung einzelne Landesgesetzgebungen zu thun beabsichtigen; noch viel wünschenswerther

Johannes Wedde war ein ganzer Mensch, und wenn Leben heißt ein Kämpfer sein, so hat er seines Wunsches Erfüllung gehabt; rund und ganz liegt sein Lebensgang vor uns, ein neuzeitliches Heldenbild!

Zergeliebt hat schwererliche Liebe den Gang dieses Lebens, auf deren Lebensbild wir verweisen. Nur in flüchtigen Umrissen geben wir eine Skizze dieses Lebens, das eitel Arbeit und Kampf gewesen ist.

Schon bei der Geburt — am 15. Januar 1843 ist Wedde zu Uelzen geboren — gab ihm ein mißliches Geschick einen schwachen Körper mit gegen dessen Verkümmern und Entstellung alle ärztliche Hilfe vergeblich war; die tief religiös gestimmte Mutter hatte viel Sorgen und Mühen mit dem Schmerzkinde. Das Jahr 1848 war verhängnisvoll für Wedde's Großvater, mit dem die elterliche Familie zusammenhaute; mit Ehren, wenn auch mit schweren Verlusten, mußte dessen Geschäft liquidiren und der alte Herr und die Seinen siedelten nach Hannover über, 1851 nach Hamburg, wo leider dem Sohne ein jahrelang die sonst fast ausschließlich ihm gewidmete zarteste, sorgsamste Pflege und Erziehung der Mutter fehlte, die rüstig mit Hand anlegen mußte im Geschäfte ihres Gatten, bis bessere materielle Verhältnisse der Familie sie wieder frei werden ließen für den geliebten Sohn. Gewiß tief schmerzlich empfunden wurde von dem feinfühligsten Knaben die Entfremdung seines Vaters vom Hause durch den Drang der Geschäfte und anderes, sein vereinzelt hartes Auftreten, die Erblindung des geliebten Großvaters, die annehmende Kraft der Mutter. Vorbei war nun die schullose Freiheit von eheden, der Besuch der Carkhen'schen Anstaltschule in Altona, dann Privatstunden zur Vorbereitung einer Lateinschule waren für den zarten schwächlichen Knaben schwerer, wie sie es für tausend andere Kinder zu sein pflegen. Schon als Schüler des Johanneums vertiefte sich der Knabe liebevoll und mit innigem Behagen in Gesichte und Dichtung der deutschen Vorzeit, er fühlte sich auch frühe zu dichterischer Nachbildung des Herrlichen angetrieben, das sich ihm da erschloß. Wann wird einmal allen deutschen Kindern das Peil zu theil werden, sachgemäß und verständlich in die Pracht der Geschichte deutschen Volkthums eingeführt zu werden?

(Schluß folgt.)

<sup>2)</sup> Johannes Wedde. Gedentblätter von seiner Schwester Theodora Wedde. Mit zwei Lichtdruckbildern. Hamburg, Verlag von Hermann Gränzing.

René bestimmte sofort Verdier und Peyrade. In wenigen Minuten war die Angelegenheit geregelt. Am nächsten Morgen um acht Uhr sollte das Duell auf Degen stattfinden. Zufällig besah ein Freund Dorcy's in Regentur-Marne eine kleine Besichtigung, auf der er für verachtete Bergungsausflüge ein hübsches Plätzchen eingerichtet hatte.

René verließ fast augenblicklich am Arme Verdier's das Lokal. Er bebte noch am ganzen Körper. Versiehst Du Dich darauf, den Degen zu führen? fragte sein Gefährte.

Gar nicht. Aber was macht das? Ein gut gezielter Degenstoß würde mir einen großen Dienst erweisen. Wenn Du müdest, wie überdrüssig ich des Lebens, des fruchtlosen Kampfes bin, wie sich mir das Derg zusammenkrampf, wenn ich sehe, wie Gemeinheit und Falschheit fast unerläßliche Mittel zum Erfolge sind!

So willst Du also sterben? sagte Verdier.

Wozu bin ich denn noch nütze in der Welt?

Und Deine Mutter, Unglücklicher?

René antwortete nicht, aber Verdier fühlte an einem Bittern des jungen Mannes, daß er das Richtige getroffen hatte.

Er fuhr fort:

Und unsere Sache! Glaubst Du, daß es zu viele opfermüthige Kämpfer giebt? Du hast es besonders hart erfahren, daß Ungerechtigkeit, Lüge, Rücksicht ihre unverwundbaren Herrschaften in der Welt ausüben. Aber, Kamerad, wer wird sie denn bekämpfen, wenn die Tapferen mitten in der Schlacht die Flinten ins Korn werfen?

René schwieg noch immer. Diese leidenschaftlich vorgetragenen Argumente machten Eindruck auf ihn. Hatte er nicht so manches Mal mitgeholfen, vorübergehende Anwandlungen von Muthlosigkeit zu verschuchen? Verdier sprach wie ein zweites Gewissen zu ihm.

Hör, sagte er noch. Ich sah gestern in Belleville eine Familie, wie es tausende giebt. Fünf Kinder, von denen das älteste zehn Jahre alt war. Die Mutter, eine Wäscherin, war abgetradert in Arbeit und Noth. Der Vater, ein Metallbreher, der, ein Opfer seines Berufes, von Krankheit getroffen war, war ein Greis von fünf- undzwanzig Jahren, ein lebendig Todter.

(Fortsetzung folgt.)

wäre es, wenn bei derselben Gelegenheit zugleich festgestellt werden könnte, in welcher Weise besonders seitens der preussischen Regierung eine positive Ausföhrung des kaiserlichen Auftrags zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung ins Auge gefasst worden ist. —

Dem Herzog von Lauenburg erscheint die Umsturzvorlage nicht ausreichend. Die „Hamburger Nachrichten“, das Organ des Ex-Reichskanzler, schreibt nämlich: „Das die jetzige Umsturzvorlage andrückt, glauben wir nicht. Es müssen Mahregeln ergriffen werden, welche verhindern, daß die Sozialdemokratie so stark werden kann, als sie beabsichtigt, um die Staatsgewalt auf dem Wege des Parlamentarismus oder der Revolution an sich zu reißen. Dies Ziel ist nur durch direkte Bekämpfung der Bewegung zu erreichen. Wir verharren bei unserem oertum conso: da mit der Sozialdemokratie doch um die Macht im Staate gekämpft werden muß, gebietet die Klugheit, den Kampf so zeitig als möglich aufzunehmen, weil sich die Aussichten auf Sieg immer mehr verschlechtern, wenn man die Sozialdemokratie gewähren läßt und nicht wagt, ihr nachdrücklich zu Weis zu gehen. Es ist möglich, daß der Erlaß verschiedener Gesetze gegen sie zu neuen Ausbrüchen des sozialistischen Fanatismus führen wird, aber je schneller diese eintreten, desto besser, desto wirkungsvoller wird sich die Repression derselben erweisen. Wir betrachten nach wie vor denjenigen als den wahren Wohltäter der Menschheit, der das sozialistische Geschwür, das immer weiter um sich greift, mit einem kräftigen Schnitt zur Blutung und Heilung brächte und dadurch einer allmählichen Vergiftung des gesammten Staatsorganismus rechtzeitig vorbeugt.“

Kürzer und klarer ausgedrückt heißt dies, gegen die Sozialdemokratie hilft nur noch die Plinte, die schießt, der Säbel, der haut. Die Blut- und Eisenpolitik war Junker Bismarck's Anfang, sie ist auch sein Ende. Daß aber derartige Neußerungen beifällig von einem Theil der Presse abgedruckt werden, beweist nichts anderes, als daß die bürgerliche Gesellschaft dem Sozialismus gegenüber am Ende ihres Lateins ist. So lange man Gründe gegen einen die Gewalt nicht anwendenden Gegner hat, spricht man nicht von Gewalt. Erst, wenn man am Ende seines Lateins ist, hebt man die Faust zum Schlage.

Uns kann übrigens nichts erwünschter sein, als die Thatsache, daß unsere Gegner so offen ihre Karten liegen lassen. Wissen wir, was der Herzenswunsch unserer Gegner ist, so haben wir auch den klaren Weg vorgezeichnet, nämlich das zu lassen, was sie ans Ziel führen könnte. —

Enthüllungen über die Beziehungen des General Boulanger zur deutschen Sozialdemokratie so betitelt sich eine Leitartikelserie der „Magdeburger Zeitung“, deren Anfang heute Morgen publiziert wurde. Der Verfasser derselben, Herr Hans Blum, hat durch sein Buch „Die Lügen der deutschen Sozialdemokratie“, und durch die letzten Gerichtsverhandlungen gegen den „Vorwärts“, über die unser Blatt ausführlich berichtet hat, seine Wahrheitsliebe bewiesen. Wir wollen die Fortsetzung der Artikel abwarten und uns dann überlegen, ob wir diese Arbeit einer Antwort würdigen sollen. Was von den neuesten Stillübungen des Hans Blum zu halten ist, weiß ja selbst jeder Gegner der Sozialdemokratie, der nicht ganz auf den Kopf gefallen ist. Wäre nur etwas an den Enthüllungen des Hans Blum, so wären schon längst die Sozialdemokraten, welche in Frage kommen könnten, wegen Landesverraths verurtheilt. Es ist aber noch nie in Deutschland ein Parteigenosse wegen dieses Verbrechens in Untersuchung gezogen worden. —

Ueber Ehren-Neuß wird uns noch das folgende mitgeteilt:

Der ehemalige Leiter des Klubs Autonomie erfreut sich nicht bloß im Reichskanzler-Amt, im Reichsamte des Innern und im preussischen Ministerium des Innern weitgehenden Entgegenkommens, er ist auch beim Vorschaster der Vereinigten Staaten hoch angesehen. Er übernimmt es auch regelmäßig, im Auftrage des Vorschasters den zum Besuche herüber kommenden feineirischen Amerikanern Berlin zu zeigen. Auffallend ist seine Anwesenheit bei den Wandern. Ob er militärische Geheimnisse Deutschlands an die Amerikaner bei den auffallenden Reisen verrät, wissen wir nicht.

Herr Neuß war heute nicht auf der Journalistentribüne des Reichstages zu sehen. Wenn man in journalistischen Kreisen annimmt, daß ein Mittel fehlt, Herrn Neuß zu entfernen, so spricht das nicht für die Journalisten. Man stelle einfach die Berichterstattung so lange ein, bis man nicht mehr in Gemeinsamkeit mit einem Polizeispion arbeiten muß. Was die Journalisten in Wien und Budapest, in Rom und Paris können, sollte doch in Berlin noch möglich sein. —

Nach Thring-Mahlow Herr Baare. Der Thring-Mahlow erhielt bekanntlich durch Vermittlung Buttkamer's das allgemeine Ehrenzeichen, und der Kommerzienrath, Steuerhinterzieher zc. zc. Baare wurde beim letzten Ordensfest mit dem rothen Alexander dritter Klasse dekoriert. Unter den sonstigen Rittern dieses Ordens soll große Freude über den neuen Kameraden herrschen. —

Das neue bürgerliche Gesetzbuch. Auf einem Festmahl, das die nationalliberale Partei am Sonntag veranstaltet hatte, um nachträglich den 70. Geburtstag ihrer Mitglieder v. Hobrecht und Günther zu begehen, theilte Geheimrath Bland, Mitglied der Kommission für Ausarbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches, mit, daß die Kommission in diesem Jahre ihre Arbeit beendigen werde, so daß das Werk im nächsten Jahre dem Reichstag zugehen könne. —

Zum Stadthagen'schen Falle bringt die „National-Zeitung“ folgende Zuschrift:

In diesen Tagen geht durch verschiedene Zeitungen zum „Fall Stadthagen“ ein Artikel, der die öffentliche Meinung irre zu führen geeignet ist, indem darin als schon für einen Juristen, geschweige für den gefunden Menschenverstand unbegreiflich erklärt wird, daß, obwohl der frühere Rechtsanwält Stadthagen wegen bewußter Gebührenüberhebung disziplinarisch aus dem Rechtsanwaltsstande ausgeschlossen ist, dennoch die Staatsanwaltschaft unter Billigung des Justizministers die Erhebung der Strafflage wegen dieses nach § 352 des St.-G.-B. auch strafrechtlich zu ahnenden Vergehens wegen nicht ausreichenden Verdachtes abgelehnt habe. Dem gegenüber ist, von anderen Möglichkeiten abgesehen, nur darauf hinzuweisen, daß der § 352 St.-G.-B., wie auch das Reichsgericht in konsequenter Judikatur festhält, nur Anwendung findet, wenn es sich um tarifmäßig fixirte Gebührenhöhe handelt. Daß aber auch bei den Gebühren, welche durch Vertrag festgesetzt sind, und Gebühren für eine Thätigkeit, die im Tarif nicht vorgesehen ist, in einer Weise, welche mit der Berufswürde eines Anwalts unvereinbar ist, liquidirt werden können, liegt auf der Hand und hat zum Theil in § 98 der Gebührenordnung auch gesetzliche Ausdrück gefunden.

In solchen Fällen ist eben nur auf disziplinarischem Wege eine Abmüdung möglich.“

Ein Jurist.

Unser juristischer Mitarbeiter schreibt uns dazu: Was der „Jurist“ der „National-Zeitung“ über die Rechtsprechung des Reichsgerichts anführt, ist zwar nicht ganz, aber theilweise richtig, indessen trifft es garnicht den Stadthagen'schen Fall, der dem „Juristen“ offenbar nicht bekannt ist. Allerdings kann die Vereinbarung eines freiwillig gezahlten Extrahonorars, wenn es eben als solches gefordert war, nie nach § 352 des St.-G.-B. bestraft werden, weil es Erforderniß dieses Gesetzes ist, daß eine Gebühr als angeblich gesetzlich zustehende gefordert war, die in Wahrheit nicht entstanden war. Wer sich aber über den Stadthagen'schen Fall unterrichtet hat, weiß, daß der Genosse St. es gerade abgelehnt hatte, mit seinem Auftraggeber ein nichttarifmäßiges Honorar zu vereinbaren, wozu ihn dieser wiederholt hatte veranlassen wollen, und daß er eine Liquidation nach dem Tarife ange stellt und übersendet hatte. Freilich hatte er diese Liquidation nur annäherungsweise aufstellen können, weil sich sein Auftraggeber ohne sein Wissen in den Besitz eines Theils der Schriftstücke gesetzt hatte, auf Grund deren allein eine genaue Liquidation möglich gewesen wäre, und weil der Auftraggeber sich weigerte, Stadthagen diese Papiere zur Verfügung zu stellen. Diese Ungenauigkeit der Liquidation hatte Stadthagen aber selbst in seinem Begleitschreiben zu der Rechnung hervorgehoben, und er hatte sich erboten, nach Aushändigung der Unterlagen sofort eine genaue Rechnung auszustellen. Und wegen dieser Liquidation hat der Ehrengerichtshof dem Genossen Stadthagen den Vorwurf gemacht, „die durch § 98 der Gewerbe-Ordnung gesteckte Grenze bewußt überschritten zu haben“. Also kein Wort von einem freiwillig vereinbarten aber unangemessen hohen Extrahonorar, sondern ausdrücklich die Behauptung, den Tarif überschritten zu haben. Auch der Oberstaatsanwalt der Stadthagen's Antrags auf Strafverfolgung ablehnte, hat nicht daran gedacht, etwa die juristische Möglichkeit der Strafverfolgung zu bezweifeln. Hätte er die rechtlichen Gründe des Juristen der „National-Zeitung“ anführen können, so hätte er es sicher gethan. Statt dessen beruft er sich lediglich darauf, daß das Beweismaterial an Stadthagen's früheren Auftraggeber ausgehändigt und von diesem verbraucht worden sei, also auf einen rein auf dem Gebiete des Thatsächlichen liegenden Grund, dessen Hinsfälligkeit Stadthagen schon nachgewiesen hat.

Das alles kann jeder wissen, der sich, bevor er über die Sache schreibt, die im „Vorwärts“ Nr. 306 von 1892 und 240 von 1894 abgedruckten Dokumente zum Stadthagen'schen Falle durchliest. Der Gewährsmann der „National-Zeitung“ scheint das aber nicht für nöthig gehalten zu haben und deshalb bringt er seine Rechtskenntnisse an einer Stelle an, wo sie durchaus unangebracht sind.

Die Marine-Offiziere verbreiten die falsche Behauptung, daß zu keiner Zeit weniger zu Schiffneubauten für die deutsche Kriegsmarine verwendet worden ist, als in dem laufenden Jahre. Eine gerade jetzt im Januarheft der amtlichen Marine-Rundschau veröffentlichte Zusammenstellung, ergibt, wie die „Freisinnige Zeitung“ berichtet, daß seit 1878/79 in allen Jahren, mit Ausnahme der Jahre 1890—94 geringere Summen für Schiffneubauten verwendet worden sind, als in dem Jahre 1894/95. Die höheren Summen für die Jahre 1890—94 erklären sich wesentlich aus dem gleichzeitigen Bau von 4 großen Panzerschiffen, die bekanntlich seitdem vollendet sind. —

Eine Novelle zum Jubiläum des ... Versicherungs-Gesetz arbeitet die konservativ. Partei, wie Hr. v. Mantuffel in einer Versammlung des Charlottenburger Bürgervereins mittheilte, aus. —

Ein Biermonopol für das ... in einem obskuren national-liberalen Blättchen, dem „Hilfsblätter-Kourier“ von einem Herr Vibran in Wendhausen gefordert. Bloß als charakteristisches Zeichen der Zeit und als Beispiel für das, was sich heute noch Nationalliberal nennt, sei der Fall mitgeteilt. O Du heiliger Vater! —

Die Monopolisten an der ... Nach den Plänen des Grafen Kanitz den Getreidehandel zu verstaatlichen heute bessere Aussichten haben denn je, wird nun in der „Kreuz-Zeitung“ das Getreide- und Brotmonopol empfohlen. Wir bekämpfen diese Pläne, weil wir die Machtfülle des heutigen Staates nicht vermehren, die Großgrundbesitzer nicht noch mehr bereichern, die Abhängigkeit der Landarbeiter nicht vergrößern wollen. Würden aber diese weit-ausschauenden Pläne der Agrarier verwirklicht werden, so würden wir uns damit abfinden und in denselben eine Verkürzung des Akkumulationsprozesses, eine Beschleunigung der Entwicklung in die sozialistische Gesellschaft sehen. Die Kämpfer für Religion, Ordnung und Sitte werden für die Konsequenzen ihrer Bestrebungen blind, sobald ihr Profit in Frage kommt. —

Nationalliberale Engländer. Der nationalliberal-konservativ-antifeminitische Reichstagsvertreter der vereinigten Leipziger Ordnungsparteien, Professor Haffke, behauptete neulich in einer schwulstigen Chauvinistenrede über den Schutz der Deutschen im Auslande: erst seit 1866 und 1870, d. h. seit der „Einigung“ durch Bismarck ertrugten die Deutschen sich irgend welchen Ansehens im Auslande. Es ist das eine alte Lüge, die dadurch nicht zur Wahrheit wird, daß ein Chamäleon sie wiederholt. Genau das Gegentheil ist der Fall. Die Deutschen verfolgung im Ausland hat mit dem Bismarck'schen Vorkrieg und der Amputation Oesterreichs begonnen. Von 1866 datirt die gewaltsame Unterdrückung des Deutschtums in Ungarn, die Bevorzugung der Czechen, der Gegner der Deutschen, in Böhmen und Mähren. Durch die Bismarck'sche Politik wurde ferner die Deutscheverfolgung in Rußland erst erzeugt. Und was die Achtung der Deutschen im Auslande betrifft, so ist dieselbe in England und den Vereinigten Staaten von Amerika gegenwärtig unzweifelhaft geringer als vor der Aera Bismarck. Insbesondere für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, auf die unsere Chauvinisten sich mit Vorliebe beziehen, ist es eine feststehende Thatsache, über die deutsch-amerikanische Blätter oft genug bitter klagen, daß der amtliche und obligatorische Unterricht in der deutschen Sprache heute bei weitem nicht die Ausdehnung hat, wie vor dem Sieg der Bismarck'schen Blut- und Eisenpolitik. Am geachtetsten waren in Amerika die Deutschen während des

Krieges gegen die Sklavenbarone, wo sie tapfer auf Seiten der Freien Staaten und für die Freiheit kämpften. Das war eine Kulturthat des deutschen Volkselements. Wer aber kann eine Kulturthat des Deutschen Reichs nennen, vor der das gebildete Ausland Respekt haben könnte? —

Die Schwierigkeiten der Lage, in der sich der neue französische Präsident befindet, treten schon jetzt deutlich zu Tage. Bourgeois, der Radikale, an den er sich zuerst wegen Bildung des neuen Ministeriums wandte, hat sein Kabinet zusammengebracht; und jetzt muß Faure sich an einen anderen wenden. Das Problem ist, die Schaffung eines Ministeriums, das eine Majorität in der Kammer vertritt; und da liegt der Haken. Eine feste Majorität besteht nicht in der Kammer. Mit Ausnahme der beiden Extreme: der Sozialisten einer- und der konsequenten Handlanger des Kapitals andererseits ist nirgends eine scharfsausgeprägte Parteibildung, und jeden Augenblick finden Verschiebungen statt, wie bei Flugand.

Der Präsident hat sich nun noch einmal an Bourgeois wegen Bildung eines Kabinetts gewandt. Ob dasselbe zu stande kommen wird, steht dahin. Jedenfalls ist es nicht wahrscheinlich, daß das neue Kabinet von langer Dauer sein wird.

In jedem Fall kann es aber als sicher gelten, daß an den beiden Bedingungen: Amnestie und progressive Einkommensteuer festgehalten wird. Betreffend der Amnestie haben wir einen gestern von uns gebrauchten Ausdruck zu berichtigen: Wir sprachen von der Amnestie als der ersten Maßregel des neuen Präsidenten. Das ist aber so zu verstehen, daß der Präsident die Amnestie als erste Maßregel vorschlägt.

Der Präsident hat in Frankreich wohl das Recht der Begnadigung; allein eine Amnestie, die kein Gnadenakt ist, sondern die gesetzliche Auslöschung irgend einer Handlung und der gesetzlichen Folgen derselben, kann nur durch einen Akt der Gesetzgebung erfolgen.

Der Artikel III der französischen Verfassung vom 24. Februar 1875, der die Befugnisse des Präsidenten normirt, lautet wie folgt:

„Der Präsident der Republik hat die Initiative der Gesetze gleich den Mitgliedern der Kammer; er verhängt die Gesetze, sobald sie von beiden Kammern votirt sind, er überwacht und sichert ihre Ausführung. Er hat das Recht der Begnadigung; Amnestien können aber nur durch ein Gesetz verfügt werden. Er verfügt über die bewaffnete Gewalt. Er befehlt alle bürgerlichen und militärischen Aemter. Er führt bei den nationalen Freiheitskämpfen den Vorh; die Vorkämpfer und Befandten der fremden Mächte sind bei ihm beurlaubt. Jeder Akt des Präsidenten muß von einem Minister gegengezeichnet sein.“ —

Zur Krise in Frankreich wird uns aus Paris unterm 21. Januar geschrieben: Wenn der neue Präsident der Republik, wie dies wenigstens vorläufig den Anschein hat, sich eng in den Grenzen der Neutralität halten will, die ihm die Konstitution auferlegt, dann wird die Präsidentschaft seines Vorgängers und mit ihr die Krise, die hervorgerufen, bald nur noch wie ein böser Traum in der Erinnerung leben. Damit, daß er Herrn Léon Bourgeois, den radikalen Abgeordneten des Marine-departements, mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut hat, scheint er eben diese Neutralität einhalten zu wollen und zu zeigen, daß ihm nichts ferner liege, als ein Kampfspräsident zu sein. Ist dies sein Ernst, dann fällt für uns Sozialisten natürlich auch aller Grund weg, den gegen Perier begonnenen Kampf gegen Faure fortzusetzen, wie dies auch Genosse Millerand in einem „Aus Glisee“ betitelten kurzen Artikel der „Petite République“ gestern auseinanderetzte. Da dieser Artikel von der gegnerischen Presse sehr bemerkt wurde und zum Theil dahin gedeutet wurde, als wollten die Sozialisten überhaupt abrücken, sei derselbe hier vollständig wiedergegeben.

Wenn — was uns eine nahe Zukunft sagen wird — es nicht aus Berechnung, um den gerechten Argwohn zu entwasfnen, geschehen ist, sondern aus Pflichtgefühl, um die Befugnisse seines Amtes korrekt zu erfüllen, daß Herr Felix Faure Herrn Léon Bourgeois mit der Kabinettsbildung betraut hat, dann werden wir nicht die letzten sein, uns zu gratuliren, daß der neue Präsident der Republik seine Freunde in ihren Erwartungen und deren Gegner in ihren Befürchtungen getäuscht hat. Wir haben gegen Herrn Casimir Perier nicht aus Vergnügen, nicht muthwillig während sechs Monaten den mit seiner Demission endigenden heftigen Feldzug geführt. Die sich eben entrollten Ereignisse haben die vielfachen Mifstände der Präsidentschaft der Republik, die nur aufhört, ein kindischer Zierath zu sein, um eine furchtbare Kriegsmaschine zu werden, allen klar vor Augen geführt. Wer auch immer der Bewohner des Elisee sei, wir verlangen nicht seine Mitwirkung von ihm. Wir haben aber das Recht, Neutralität zu fordern, und wir haben gezeigt, daß wir im stande sind, sie aufzuzwingen. Wir werden sehr erfreut sein, wenn man uns nicht nöthigt, die Probe zu erneuern und in einer Kampagne gegen das Elisee Zeit und Kräfte zu verschwenden, die viel nützlicher angewendet werden können.

Wer darin eine Abriistung sieht, will eben nichts Anderes sehen. Und unsere Gegner thun dies mit der Absicht, den Schein zu wachen, als habe der neue Präsident der Republik, indem er Herrn Bourgeois mit der Kabinettsbildung betraut hat, den Sozialisten eine Konzeffion gemacht, während er damit nichts anderes als seine Pflicht gethan. Aber was fragen die Herren danach, sobald diese Pflicht nicht ihnen zu gute kommt? Herr Felix Faure hätte gewiß lieber Herrn Dupuy oder einen ihm Gleichgesinnten an der Spitze des Ministeriums gesehen. Da dieser aber in der Minorität blieb und darum zurücktreten mußte, konnte Herr Faure rechtlich nur einen Abgeordneten der Majorität, die das Ministerium Dupuy zu Falle gebracht, mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen. Und da ihm Léon Bourgeois als der hierfür geeignetste Abgeordnete dieser Majorität bezeichnet wurde, konnte er eben nur diesen damit betrauen. Aber ein Kabinet Bourgeois, das schreibt den Herren zum Himmel. Noch ist es nicht vollständig, und schon ruft Herr Yves Guyot: „Fast alle Mitglieder dieses Ministeriums haben durch ihre früheren Abstimmungen bewiesen, daß sie zu allen Konzeffionen an die Sozialisten bereit sind; und in Wirklichkeit kann man sagen, daß, obwohl es keine Sozialisten unter seinen Mitgliedern zählt, die einzige Konzeffion, die es repräsentirt, die sozialistische Konzeffion ist.“ — Nun, das kann in der Folge noch recht lustig werden. —

Studenten-Unruhen anscheinend nichtpolitischen Charakters haben in Neapel und Bologna stattgefunden. —

Die Ausschreibung der Neuwahlen für das italienische Parlament sollen bevorstehen und zwar gilt der 28. April als Wahltag, der 5. Mai als Stichwahltag. Die Entscheidung über das Schicksal des Systems Crispi ist damit wieder um ein Vierteljahr verschoben. —

**Niederlage der Italiener in der afrikanischen Kolonie.** Während aus Rom ununterbrochen Siege über den jeden Tag vernichteten Feind gemeldet werden, wird heute aus Paris telegraphisch:

Die „Politique coloniale“ bringt heute eine telegraphische Meldung aus Kairo, der zufolge eine Abtheilung eingeborener Truppen unter dem Befehl italienischer Offiziere in der Nähe von Kassala durch eine Macht von 10 000 Dervischen angegriffen wurde. Vielfach tritt das Gerücht auf, die Italiener hätten eine vollständige Niederlage erlitten. — Das „Journal des Debats“ publizierte vor einigen Tagen eine Zuschrift, in welcher der Ansicht Ausdruck gegeben wurde, daß eine Niederlage der Italiener bei Kassala bestimmt vorauszu sehen sei. —

**Königskrise in Belgien.** Aus Antwerpen wird telegraphisch:

Nach einer Meldung des „Handelsblad van Antwerpen“ beabsichtigt König Leopold, wenn die Annexion des Kongo-Landes durch Belgien nicht perfekt wird, abzutreten. Dasselbe Blatt schreibt weiter, für diesen Fall werde der König den Grafen von Blandern, der sich stets von allen den Kongo-Ländern bezw. die Annexion betreffenden Fragen ferngehalten hat, zu seinem Nachfolger auf dem Thron ernennen.

Die Belgier werden diese Drohung ganz ruhig aufnehmen. —

**Allgemeine Wahlen** stehen auch in Dänemark bevor. Einer Korrespondenz des „Damb. Korr.“ aus Kopenhagen entnehmen wir über die Wahlvorbereitungen das folgende:

Die Anzahl der Wahlversammlungen nimmt jeden Tag zu, und fast täglich hört man von neuen Kandidaten. Die Sozialdemokraten haben ihren Feldzugsplan schon vollständig ausgearbeitet, und ihre große Wahlmaschinerie ist bereits in Ordnung. Es wird auch als ganz sicher betrachtet, daß die Zahl ihrer Vertreter im Folkething bedeutend vermehrt werden wird. Wendet man sich jedoch zu den anderen Parteien, so ist das Bild noch sehr unklar. —

**Blutige Parteikämpfe in Bulgarien.** Aus Sophia wird telegraphisch: In Tirnowa kam es zwischen Anhängern Stambulows und Regierungsfreunden zu blutigen Zusammenstößen. Der Bürgermeister von Tirnowa trug mit vielen anderen Personen Verwundungen davon. —

**Das griechische Kabinet** ist infolge der allgemeinen Erregung wegen der neuen Steuern zurückgetreten. — Aus Athen kommt auch eine Nachricht von einer Studenten demonstration. Die Erregung in Griechenland soll sehr groß sein, die Ruhe ist nirgends gestört worden. —

**Ein etwas freieres Pressgesetz** soll in Rußland demnächst publiziert werden. Rußland scheint sich ein klein wenig europäischer zu wollen, wir aber mit Gewalt russifizieren zu wollen. —

**Auch Argentinien** hat seine Präsidentschaftskrise. Nach in Paris vorliegenden Nachrichten aus Buenos-Ayres soll der Rücktritt des Präsidenten Saenz Pena mit Sicherheit für morgen zu erwarten sein. —

## Parteinachrichten.

Gegen die Umsturzvorlage sprach am letzten Sonntag der Reichstags-Abgeordnete Schmidt-Magdeburg in „Graf Garten“ vor etwa 500 Personen. Mit sichbarem Interesse folgten die Anwesenden dem zweistündigen Vortrage und gaben durch reichen Beifall den Ausführungen Schmidts ihre Zustimmung. — Am gleichen Tage fand in Gotha nach Vereinbarung mit der dortigen freisinnigen Volkspartei eine gemeinschaftliche Volksversammlung statt. Dieselbe war sehr stark besucht. Von unserer Partei sprach Genosse Bok, von Seiten der freisinnigen Volkspartei der Redakteur Himmlein. Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher flammender Protest gegen die Umsturzvorlage erhoben wurde. Die freisinnige Vereinigung hatte die Einladung abgelehnt. — In Gera sprach ebenfalls am letzten Sonntage der Reichstags-Abgeordnete Burtm vor etwa 900—1000 Personen. — In Schwelm sprachen die Genossen Deinhardt-Röhl und Dr. Lütgenau über das geplante Umsturzgesetz. Eine Protestresolution fand einstimmig Annahme. — Am Sonntag, den 20. Januar, fand in Bockenheim bei Frankfurt für die Orte Nüdelheim, Dossenheim und Umgegend eine Volksversammlung statt, die Versammlung mußte in Bockenheim stattfinden, da die Genossen in Nüdelheim keinen Saal zu Versammlungen bekommen; die Versammlung war von dreihundert Personen, unter denen sich eine ganze Anzahl Frauen befand, besucht. Reichstags-Abgeordneter Genosse Fr. Brühne sprach unter lebhaftem Beifall über die Umsturzvorlage; eine Resolution, in welcher sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten, fand einstimmige Annahme. Die Versammlung wurde von einem Frankfurter Polizeikommissar überwacht. — Mindestens 2500 Personen hatten sich am Sonntag im „Saalbau“ zu Mannheim eingefunden, um Protest einzulegen gegen das geplante Knebelgesetz. Reichstags-Abgeordneter Bloß-Stuttgart hatte das Referat übernommen. Seine Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen und die vorgeschlagene Resolution fand gegen eine Stimme Annahme.

**Die Sozialdemokraten** Anhalts werden bei den nächsten anhaltischen Landtagswahlen in eine energische Agitation eintreten und selbständige Kandidaten aufstellen.

**Die Aufhebung des Vorkotts** über die Dessauer Waldschlösschen-Brauerei ist von den dortigen Parteigenossen in einer Versammlung beschlossen worden.

**Vom badischen Parteivert.** In Friedrichsfeld fand am letzten Sonntag eine Delegirtenkonferenz der sozialdemokratischen Organisation des 11. badischen Reichstags-Wahlkreises statt, an der 29 stimmberechtigte Delegirte aus 15 Ortschaften theil nahmen. Es handelte sich um die fernere Stellungnahme der sozialdemokratischen Vereine dem Dr. Müdt gegenüber. Ohne irgend eine Stellung zu nehmen, geben wir nachstehend die gefaßten Beschlüsse wieder: Nach einer vierstündigen, zum theil etwas erregten Debatte wurde ein Antrag des sozialdemokratischen Vereins Labenburg, Dr. Müdt aufzufordern, wieder in die Partei einzutreten, mit 21 gegen 7 Stimmen abgelehnt und folgender Antrag mit 21 gegen 7 Stimmen angenommen: „Die heutige Konferenz des 11. bad. Reichstags-Wahlkreises hält es mit dem Interesse der Partei für unvereinbar, den aus der Partei ausgetretenen Dr. Müdt noch fernernhin als Redner sprechen zu lassen und betrachtet denjenigen Verein, der Herrn Dr. Müdt als Referenten kommen läßt, als nicht mehr der sozialdemokratischen Organisation des 11. badischen Wahlkreises angehörig.“

**Die Maifester** war von der Allgemeinen Orts-Krankenkasse zu Warmen dadurch begangen worden, daß das Kassenlokal geschlossen blieb. Der Ober-Bürgermeister, der

dies verboten hatte, beglückte nun die Vorstandsmitglieder mit je 20 Mark Geldstrafe, gegen welche sie zunächst Klage beim Bezirksausschuß erhoben. Der Bezirksausschuß zu Düsseldorf erkannte am 28. Juli 1894 auf Abweisung der Klage, indem er begründend ausführte: Die Verfügung des Ober-Bürgermeisters, über welche die Kläger sich beschwerten, sei nicht eine polizeiliche im Sinne des § 182 Land.-Verw.-Ges., sondern sie sei von demselben in seiner Eigenschaft als Gemeindebehörde und als Aufsichtsbehörde über die Krankenkasse erlassen worden. Wegen solche in Ausübung des Aufsichtrechts erlassene Verfügungen finde aber eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren überhaupt nicht statt. Auf die Berufung der Kläger wurde dieses Urtheil von dem dritten Senat des Ober-Verwaltungsgerichts am 17. Januar cr. aus gleichen Gründen bestätigt.

**Sozialistische Zeitungen** dürfen in Belgien nicht mehr in den Bahnhöfen verkauft werden. So will es Herr Vandenspeereboom, der belgische Eisenbahnminister. In Deutschland wissen wir es nicht anders. Und doch geht es mächtig voran, dort und hier.

**Todtenliste der Partei.** In Hensburg starb der Parteigenosse Horner Hansen im Alter von 88 Jahren an der Proletarierkrankheit. Die zahlreiche Theilnahme an seinem Begräbniß legte Zeugniß ab für die Achtung, die der Verstorbene bei den Genossen sich erworben.

Wie das Volk seine Todten ehrt, das konnte die Bevölkerung von Ludwigshafen am letzten Sonntag sehen. Mindestens 1500 Personen gaben dem im frühen Alter verstorbenen Parteigenossen Lingg das Geleit zu seiner letzten Ruhestätte. So waren es die sozialdemokratische Partei Ludwigshafen, sämtliche Gewerkschaften, die Arbeiter der Sulzer'schen Fabrik, die Fabrikleitung selbst, die Former Mannheims u. s. w., die alle den Todten durch Kranzniederlegung mit entsprechenden Widmungsworten ehrten.

In Dessau starb der Parteigenosse Baalk. An seiner Beerdigung nahm eine große Anzahl der dortigen Parteigenossen theil; außerdem waren Deputationen erschienen aus Stötteritz bei Leipzig, Bernburg u. s. w. — Ein ehrendes Andenken wird ihm gewahrt bleiben.

**Polizeiliches, Gerichtliches u.**  
— Wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften an Militärpersonen hatte sich kürzlich ein junger Mann in Gotha vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte hatte im Juli v. J. seinen bei der dortigen Garnison dienenden Verwandten besucht, der sich krankheitshalber im Lazareth befand. Bei dieser Gelegenheit überließ er dem Besuchenden dem kranken Infanteristen einige Exemplare vom „Gothaischen Volksblatt“. Da gerade in einer dieser Zeitungen sich ein Artikel über militärische Vorkommnisse befand, so nahm der Infanterist dieses Exemplar nach seiner Genesung mit in die Kaserne, wo es gelegentlich einer Schrankrevision gefunden wurde. Der Vetter des Soldaten kam nun unter Anklage. Der Staatsanwalt hielt die Straftat für eine derart schwere, daß er eine dreimonatliche Gefängnißstrafe beantragte. Das Gerichtsurtheil reduzirte das Strafmaß um zwei Monate, indem nur auf vier Wochen Gefängniß erkannt wurde. Als Strafmildernd galt, daß der Angeklagte die Blätter erst auf Aufforderung gebracht habe. — Man sieht, unsere „Brüder in Waffen“ sind auch ohne Umsturzgesetz nicht „schußlos“ den bösen Einflüssen der Sozialdemokraten gegenüber.

— Die sozialdemokratischen Störenfriede verderben in Deutschland jedes Vergnügen. Am 17. d. M. fanden in Wilsch (Schleswig) vor dem Schöffengericht zehn Attentäter auf das Tanzvergnügen; sie hatten durch Toben, Heulen und Schreien und nach der Aussage des Polizeisergeanten durch Abingen „sozialistischer Lieder“ ihren „Tanzstreit“ ins Werk gesetzt. Fünf von den zehn Angeklagten wurden freigesprochen, bei den übrigen wurde das polizeiliche Strafmandat von 10 M. bestätigt.

## Lütticher Anarchisten-Prozess.

(Sitzung vom Montag Morgen.)  
Die Vernehmung des Untersuchungsrichters Seny, die Sonnabend Abend abgebrochen wurde, wird wieder aufgenommen. Die Vernehmung hat wenig Interesse, weil sie nur aus früheren Tagen bekanntes ergibt.  
Die Rechtsanwältin, die den Untersuchungsrichter in ein Kreuzverhör nehmen wollen, werden vom Präsidenten daran gehindert, zur Ordnung gerufen, einem sogar das Wort entzogen.

Die allgemeine Interesslosigkeit des Verhörs vertrieb das ganze Publikum aus dem Saal.  
Auf der Geschworenensbank wird darüber berathen, ob man die Mittags-Sitzung nicht anfallen lassen sollte, da mehrere Geschworene dringend auf der Brüsseler Börse zu thun haben.

Der russische Konsul in Amsterdam, welcher zwei Besuche des Barons empfangen hat und erklärt hatte, daß Sternberg zwei verschiedene Pässe besitze, will sich der Aussage enthalten.

Aus dem Verhör Seny's ist mitzutheilen, daß Müller und der Russe am 8. Mai von Maastricht nach Lüttich mit der Bombe gekommen sind und daß sie nach der Friedenstraße gegangen sind, um dort das Geschäft niederzulegen. Müller habe sich geweigert, die Lunte anzuzünden.

Seny beharrt bei seinem Glauben, daß die Bombe durch Müller von Maastricht gebracht worden sei, obgleich dieser Bestamp in dieser Sache beschuldigt.

Trotz verschiedener Versuche habe der Untersuchungsrichter nichts heraus bringen können, wer der geheimnißvolle Leonhard sei, an den der Russe nach Paris geschrieben hat. Man scheint im Recht zu sein, zu glauben, daß der famose Korrespondent überhaupt nicht existirt.

**Nachmittags-Sitzung.**  
Die Thür, von der früher als Versteck der Patronen und Zünder die Rede war, wird in den Gerichtssaal gebracht.

Ein Sachverständiger erklärt, wie Westkamp die Zünder in einem geheimen Fach in der Thür verbergen konnte. Westkamp bestreitet auch jetzt, die Thür in dieser Weise benützt zu haben.

Der Untersuchungsrichter erklärt, daß die Anwesenheit des Joris bei dem Attentat von St. Jacques nicht festgestellt werden konnte.

Der Untersuchungsrichter erinnert an die Verhaftung des Anarchisten Ruber in Amsterdam. Man glaubte, daß Ruber der Russe sei, verhaftete ihn, und als man den Irrthum entdeckte, war der Russe über alle Berge.

Der Präsident theilt mit, daß das Protokoll über ein neues Verhör des Barons eingelaufen sei. Ein Vertheidiger verlangt die Verlesung. Er wird auf später vertostet.

Hierauf wird Sidonie Marschal, die Wairesse des Russen, vernommen. Sie ist sehr erregt und muß sich setzen. Sie giebt lange Ausführungen über ihre Beziehungen mit dem Russen, zum theil intimster Art, nur durchaus nicht anarchistisch. Sidonie erklärt, schon vor der Explosion Schleichbachs, dessen Frau und Joris erkannte zu haben. Am Abend des 21. April habe der Russe ihr gestanden, daß er eben eine Bombe beim Theater niedergelegt habe. Er war betrunken. Um 11½ Uhr habe sie ihm ein zweites Mal bei Schleichbach begegnet, und da habe er sein Geständniß wiederholt. Den folgenden Sonntag habe sie der Zusammenkunft der Angeklagten bei Schleichbach beigewohnt. Man habe dort einen Artikel der Zeitung „Expres“ über die Explosion besprochen. Am nächsten Tage habe der Russe Sidonie erklärt,

daß die Bombe beim Bürgermeister nicht geplatzt sei, weil die Materialien nicht getaucht haben. Einige Tage später sei er zu Schleichbach gegangen, um Dynamit zu holen, welches er in der Kirche St. Walbourga verborgen hatte. Er habe oft davon gesprochen, den Klub der Adligen, die Theater, die Cafés u. s. in die Luft zu sprengen.

Sidonie kann sich nicht entsinnen, daß der Russe irgend welchen Paß gegen Dr. Nison geäußert habe.  
Schluß 2½ Uhr.

## Soziale Ueberblick.

**Die Koalitionsfreiheit.** Es mehren sich die Versuche, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter mehr und mehr einzulegen. In Kiel hatten mehrere Gewerkschaften, so die der Schmiede, der Brenn- und Brauereiarbeiter, polizeiliche Strafmandate erhalten wegen Nichteinreichens der Mitgliederverzeichnisse. Es wurde richterliche Entscheidung beantragt. Das Schöffengericht sprach die Schmiede frei; der Amtsanwalt hatte aber Berufung eingelegt. In der Berufungsinstanz wurden sie verurtheilt. Ebenso ging es der Organisation der Brauer. Es wurde geltend gemacht, daß verschiedene Stellen aus dem Statut des Brenn- und Brauereiarbeiter-Vereins als Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, Abschaffung der Sonn- und Feiertagsarbeit, allseitige Vertretung der Interessen der Mitglieder u. s. w. als eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten anzusehen seien. Ferner nahm das Gericht an, daß diese gesteckten Ziele und Aufgaben des Vereins, wie sie aus dem Statut hervorgingen, nur durch Einwirkung auf die Gesetzgebung erreicht werden könnten und demzufolge der Verein unter die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes von 1850 falle. Wegen dieses Urtheil wird wiederum Revision beantragt worden, weil es von der organisirten Arbeiterschaft nicht geduldet werden kann, daß die in dem § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung garantierte Koalitionsfreiheit durch Polizeimaßregeln oder Gerichtsurtheile beschränkt wird, was bei dem bishigen Freiheits, welches die Arbeiterschaft überhaupt noch besitzt, einer Verächtlichmachung gleichkommt.

**Arbeitsnachweis.** Die Stadtverordneten in Dessau nahmen die Vorlage des Magistrats, Errichtung eines unentgeltlichen städtischen Arbeitsnachweises zum 1. Februar betreffend, einstimmig an.

**Militärboikott.** In Biegnitz sind vier Lokale für das Militär gesperrt worden.

**Eine Arbeitslosenversammlung** in Eberfeld nahm den Bericht der Deputation entgegen, die in der letzten Versammlung gewählt worden war und die unterdessen beim Bürgermeister vorfellig gewesen war, Arbeit für die Arbeitslosen zu erhalten. Die Antwort war die gewöhnliche, es sei keine Arbeit vorhanden, er könne nichts thun, man solle sich an die Armenverwaltung wenden. Der Bericht, namentlich der Verweis an die Armenverwaltung, wurde von der Versammlung mit entschiedener Mißbilligung entgegen genommen.

**Vom geistigen Proletariat.** In Elmshorn waren eine Lehrerstelle und zwei Lehrerinnenstellen zu besetzen. Es meldeten sich für die erstere 64, für die zwei letzteren 40 Bewerber bei. Bewerberinnen.

**Entbehrungslohn.** Die Dortmunder Union-Brauerei, Aktiengesellschaft, macht bekannt, daß sie ihren Aktionären für das Geschäftsjahr 1893/94 die Kleinigkeit von 18 pCt. Dividende zahlte. Das läßt sich hören!

**Übermalige Beschränkung der Produktion** hat das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat beschlossen. Für die Monate Januar, Februar und März soll sie 10 pCt., April, Mai, Juni, Juli 15 pCt. und August bis Dezember wieder 10 pCt. betragen. Die Folge ist die Entlassung und Kündigung vieler Bergleute. So sind schon am 15. Januar auf Zeche Neu Iserlohn 50 Mann gelündigt worden.

**In Neuf (Abeinproving)** soll mit dem 1. Februar eine Arbeitsnachweisstelle in Verbindung mit der Ortskrankenkasse errichtet werden.

**Arbeiterriß.** Auf der Zeche Westfalia (Dortmund) stürzte der Obersteiger Stern, als er aus dem Hauptförderloch aufsteigen wollte, durch den Boden des beschäftigten Förderloches in den Sumpf und blieb sofort todt. Er stand im Anfang der dreißiger Jahre.

**Die Arbeitslosen von Montreal** (Nordamerika) versammelten sich, etwa 8000 an der Zahl, am 16. Januar auf dem Marsfelde. Es wurden verschiedene Reden gehalten. Darauf begab sich eine Deputation zu dem Bürgermeister der Stadt, ihm um baldige Abstellung der herrschenden Nothlage ersuchend. Der Bürgermeister versprach, Arbeit zu verschaffen.

## Depeschen.

**Wolff's Telegraphen-Bureau.**  
München, 22. Januar. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des bayerischen Brauerbundes wurde die Gründung eines Landesverbandes zum Schutze gegen Herrscherklärungen beschlossen. Alle Anwesenden traten dem Verbands sofort bei.

Vern, 22. Januar. Gestern wurden zwei Frauen und ein junger Mann aus dem Dorfe Pontiron (Bezirk Viasca, Tessin) auf einem benachbarten Berge von einer Lawine überrascht und getödtet.

Lausanne, 22. Januar. Der Philosoph Charles Secrétan, Professor an der hiesigen Universität, ist gestern Abend gestorben.  
Mailand, 22. Jan. Heute Vormittag wurde in der Vighi-Strasse, wo sich die Bank Boggi Soler befindet, auf einem Fenster eine Bombe gefunden, die aber nicht explodirte. Die Bombe wurde auf das Polizeibureau gebracht. Eine andere Bombe explodirte heute Vormittag in einer Straße in der Nähe der Gefängnisse, richtete aber keinen Schaden an.

Athen, 22. Januar. Man glaubt, es werde ein politisch farbloßes Kabinet gebildet werden, um die Kammer aufzulösen.

Konstantinopel, 22. Januar. Am Sonnabend wurde ein Briefträger des englischen Postamtes mit 12 aus Smyrna und Klein-Asien angekommenen Briefen bei der nach Stambul führenden Brücke wegen angeblich in falschem Gelde bezahlten Brückenzölle angehalten und auf die Wache geschleppt. Ein Passant benachrichtigte hier von dem Postdirektor Cobb, welcher sich mit einem türkisch sprechenden Beamten auf die Wache begab. Der Briefträger war inzwischen verstorben, die Briefe waren ihm abgenommen und ihm Handschellen angelegt worden, während er selbst von einem Japtieb (Polizist) mit dem Säbel verwundet wurde. Das Verlangen des Postdirektors Cobb, den Konsul zu benachrichtigen, wurde abgelehnt. Als Cobb sich anschickte, aus dem Fenster um Hilfe zu rufen, wurden die Fensterläden geschlossen. Cobb versuchte hierauf, die auf dem Tische liegenden Briefe an sich zu nehmen; dieselben wurden ihm jedoch entziffen, er selbst wurde auf das gröblichste insultirt. Augenscheinlich lag die Absicht vor, die Briefe, welche man aus Armenien kommend wählte, zu lesen. Ein am Fenster vorübergehender Passant benachrichtigte den Konsul, welcher sich mit dem Dragoman und einem Kawas nach der Hauptstation begab, wo die Freilassung des Briefträgers erfolgte. Der englische Postfachträger Currie erhob wegen dieses Vorkommnisses sofort Vorstellungen.

(Depeschen-Bureau Gerold.)  
Triest, 22. Januar. Nach einer Blättermeldung genehmigte das Kommunikations-Ministerium den Ausbau der Bahnlinie von San Giorgio bis zur österreichischen Grenze, und das nunmehr die kürzeste Verbindung zwischen Triest und Venedig hergestellt ist.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 22. Januar 1895, 1 Uhr.  
Am Bundesratsstische: v. Marshall, Graf Posa-

dowsky.

Zum Vorsitzenden der Bibliothekskommission ist Abg. Sieber gewählt worden.

Zur ersten Beratung steht der Gesetzentwurf, betreffend die

Abänderung des Zolltarifs.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Nummer 1

der Vorlage sieht eine Erhöhung des Zolles auf Rether vor.

Das inländische Retherprodukt unterliegt einer Branntwein-

steuer von 81,70 M. Wahrscheinlich ist aber die Be-

lastung noch höher. Es muß ein Ausgleich geschaffen

werden zwischen dem Mittelbetrag des Steuerbetrages von

inländischer Steuer und der Zollbelastung des von auswärts

eingehenden Produkts. Die Vorlage will ferner Bau- und Nutz-

holz im Grenzverkehr für den häuslichen oder handwerksmäßigen

Bedarf, sofern es in Troglasten eingeführt oder mit Zugtieren

geführt wird, vorbehaltlich der im Falle eines Mißbrauches

drücklich herbeizuführenden Aushebung dieser Begünstigung, zollfrei

lassen. Der Reichstag hat eine weitere Fassung der Erhebungs-

bestimmungen dem Bundesrath feinerzeit zur Berücksichtigung

empfohlen. Die Verwendung zollfrei einzuführenden Holzes soll

beschränkt werden auf den häuslichen oder handwerksmäßigen

Betrieb. Die Sägemühlen sollen ausgeschlossen bleiben. Die Verzollung un-

edler Metallwaaren weist im bisherigen Zolltarif eine Ungleich-

heit auf, welcher die Novelle abhelfen soll. Kakaodol soll mit

45 M. für 100 Kilo verzollt werden. Der Kakaodol wird bei

der Ausfuhr einheimischer Chokolade erhaltet und ist

viermal so hoch als der Zoll auf Kakaobutter. In diesem

Verhältnis liegt eine wesentliche Gefahr. Im Auslande wird

Kakaobutter bei der Chokoladenfabrikation in großem Maße

gewonnen und kann zu dem geringeren Zollsatz eingeführt

werden, wodurch die inländische Produktion in ihrem Export

erheblich benachtheiligt wird. Auch die Verzollung flüssigen

Honigs soll verändert werden. Künstlicher Honig läßt sich von

Naturhonig nicht unterscheiden und daraus folgt die Noth-

wendigkeit, den natürlichen ausgefallenen Honig ebenso

zu behandeln wie künstlichen. Es wird daher der

Zoll auf letzteren auf 86 Mark zu erhöhen sein.

Besonders wichtig ist die Position „Baumwollensamen-Del“.

Der Zoll soll von 4 auf 10 M. erhöht werden. Auch hier sind

agratische Interessen etwa bei Rücksicht auf die Margarine nicht

wahrscheinlich gewesen. In Deutschland beschäftigen sich zur Zeit

6 Fabriken mit der Herstellung künstlichen Speisefetts mittels

Baumwollensamen-Dels. Bei der Margarine wird ein so erheb-

licher Theil des Baumwollensamen-Dels nicht zugesetzt, daß

durch die Zollhöhung eine Vertheuerung der Margarine zu

befürchten ist.

Die Zollhebung für Parfümerien rechtfertigt sich dadurch, daß

die inländische Fabrikation mit vertheuerten, die ausländische

mit unversehrtem Branntwein arbeitet, zumal dadurch ein ziemlich

einfaches Verfahren der in den ausländischen Parfümerien

enthaltenen Branntwein genußfähig gemacht werden kann. Der

inländische Branntwein ist mit 86 M. pro 100 Kilo 100 pCt.

Alkohol belastet; die inländischen Parfümerien müssen also ge-

schützt werden.

Abg. v. Stumm (Rp.) beantragt für die Vorlage eine Kom-

mission einzusetzen. Diese könne sich aber nicht darauf beschränken,

nur die Vorschläge der Vorlage zu prüfen, sie müsse weitergehen

und zusehen, ob nicht noch anderweitig durch Zollherhöhung der

Nothstand der Landwirtschaft gehoben werden könne. Eine

Erhöhung der Getreidezölle komme leider nicht in Frage wegen

des Entgegenstehens der Handelsverträge, sonst würde sich die

Meinung gewiß ohne weiteres zu einer Erhöhung entschließen.

Ausgeschlossen sei aber nicht, daß sich noch Punkte finden,

welche die Handelsverträge nicht entgegenstehen, dahin

gehöre die Einführung eines Zolles auf ausländische

Gerbstoffe, namentlich auf Quebrachholz, der nothwendig sei,

um den deutschen Eichenhäut zu erhalten. In Deutschland

es ist mir bekannt, daß die Regierung ein neues Margarine-

gesetz ausarbeitet (Hört! links), und der Erörterung

desselben möchte ich nicht vorgreifen. Die fraudulose

Konkurrenz der Margarine ist allerdings eine ganz enorme.

Ich wünsche dringend, daß der Naturbutter ein

angemessener Schutz gewährt wird. Wir wollen die Margarine

nicht verdrängen... vorläufig. (Hört, links.) Es mangelt

gänzlich eine Kontrolle der Margarine an der Grenze bei der

Ein- und Ausfuhr. Dadurch wird die Einfuhr künstlicher Butter

stark befördert. Das schlimmste aber ist der Mangel der

Kontrolle bei der Ausfuhr. Der ausländische Abnehmer weiß

nicht, ob er Kunst- oder Naturbutter erhält, und dadurch

wird das heimische Naturprodukt diskreditirt. Frank-

reich hat längst gefehlich Fürsorge getroffen, ebenso

England für den Import, Dänemark für die Aus-

fuhr. Die Kunstbutter-Ausfuhr nach England ist in

den letzten Jahren sehr zurückgegangen. Der Export dänischer

Naturbutter dorthin hat in demselben Maße zugenommen. Im

neuen amtlichen Waarenverzeichnis von 1892 steht allerdings die

Margarine auch drin; aber daneben steht: „Siehe Butter“.

(Heiterkeit.) Das kommt mir beinahe wie ein schlechter Witz vor.

Einem entsprechenden Antrag werde ich bei der zweiten Lesung

einbringen. Das Quebrachholz ist von ganz inferiorer Qualität;

das damit gererbte Leder ist billiger und macht dem Vobleder

eine unerträgliche Konkurrenz. Wenn unsere exportirten Leder-

waren von Quebrachleder hergestellt sind, dann werden wir

davon, aber nicht von einem Quebrachholz eine nachtheilige

Wirkung auf unsere Exportindustrie zu befürchten haben.

Bewahren Sie uns vor diesem Gerbstoff zweiten Ranges!

Staatssekretär des auswärtigen Amtes v. Marshall: Was

Rohbaumwollengarn betrifft, so haben wir damals einen er-

heblichen Export nach Rußland gehabt. Und dieser

Export ist hauptsächlich dadurch geschädigt worden, daß

die russische Regierung einen Differentialzoll einführt,

nämlich daß sie die Rohbaumwolle an der Landes-

grenze höher verzollt als an der See. Wir haben in

erster Reihe bei unserem Handelsvertrage mit Rußland

unser Bestreben darauf gerichtet, daß die russische Re-

gierung diesen Differentialzoll abschaffe. Es ist uns

dies auch gelungen. Die russische Regierung hat uns

die Gleichstellung des Zolles an der Grenze und an der See auf

die Dauer von 10 Jahren bewilligt. Es ist für den deutschen

Export von Rohbaumwolle gleichgültig, welcher Zoll dort erhoben

wird, wenn wir nur mit anderen Staaten unter gleichen Be-

dingungen konkurriren können. Der Vordredner wird sich aus

diesem Darlegungen überzeugen, daß wir beim Handels-

vertrage mit Rußland in dieser Beziehung nichts verläßt haben.

Abg. Vredmann (Z., Dann-Bräm) tritt den Ausführungen

der Abgg. v. Stumm und Graf Kanitz hinsichtlich der Eigen-

schälwald-Kultur bei und wirft dem Abg. Suddeberg weg-

werfende Behandlung der Lebensinteressen eines schwer noth-

leidenden Theiles der deutschen Bevölkerung vor. Redner schildert

die Lage der betreffenden Gemeinden als eine ganz verzweifelte.

Abg. Möller (natl.): Die Vorlage bringt für manche lang

empfundene Mängel Korrekturen und ist deshalb mit Freunden

zu begrüßen. Redner kommt hiernach auf den Quebrachzoll zu

sprechen. Die modernen Gerbereien hätten ganz neue technische

Verfahren zur äußersten Ausnutzung des Gerbstoffes in Anwen-

dung gebracht. Das Quebrachholz habe gerade diesen Ueber-

gang zu einem rationellen Gerbereiverfahren ermöglicht. Die große

Masse des Zolles im Inlande wie im Auslande will billige Pro-

dukte kaufen und fragt nicht nach der Qualität.

Gegen diesen Strom zu schwimmen wäre unmöglich. Die Eichen-

schälwälder, einen zurückgebliebenen Betriebszweig, wolle man

im Widerspruch mit dem Juge der Zeit und der

Entwicklung der Verhältnisse erhalten. Dasselbe Siegerland,

das früher das Monopol in der Stahlerzeugung hatte, sei durch

die Werke im Saargebiet, die sich alle Vervollkommnungen in

technischer Beziehung, wie im Thomasverfahren u. s. w. zu nahe

gemacht hätten, auf das schwerste geschädigt worden, und dar-

wesentlich gestiegen sein. Sollte der deutsche Schälwald den

Bedarf decken, so müßte er seine Produktion vervierfachen. Ist

er hierzu nicht im Stande, wer deckt den übrigen Bedarf? Seit

1879 ist der Import von Eichenlohe zunächst zurückgegangen, um

demnach wieder zu steigen. Würde man nun das Quebrach-

holz durch den Schutz Zoll von 10 M. auszuschließen

suchen, so würden die Produktionskosten um 20 M. pro

100 Kilo steigen. Das würde nicht der deutschen Sobleber-

gerberei, sondern dem ausländischen Lederimport zu gute

kommen, da durch den belgischen Handelsvertrag der Lederzoll

von 36 auf 30 M. ermäßigt ist. Eventuell würden an die Stelle

des Quebrachholzes die zollfrei eingehenden österreichischen

Rinden und Lohentreten, also der Schutz des deutschen Schäl-

waldes nicht erreicht werden. Die Sache ist verwickelt und

bedarf eingehender Prüfung. Die verbündeten Regierungen

werden zunächst abwarten, wie die Mehrheit dieses Hauses sich

stellen wird.

Abg. Wurm (Soz.): Diese Vorlage enthält eine

Tendenz zu Gunsten der Großindustrie und

zu Ungunsten der kleinen Leute, insbesondere

der deutschen Industriearbeiter. Die Erhöhung

des Retherzollens ist eine Konsequenz der Spiritusbesteuerung, aber

eine solche Erhöhung, wie sie vorgeschlagen ist, entspricht nicht

dem Procentsatz, um welchen die Spiritussteuer gestiegen ist.

Die Tarifierung ist viel zu hoch genommen. Unsere heimische

chemische Industrie hat einen Schutz Zoll absolut nicht nöthig und

die Spiritus- und Zuckerindustrie ist durch den Schutz Zoll schon

zu Grunde gerichtet worden. Die Erhöhung des Honigzollens

schädigt die ärmere Bevölkerung. Was man als Honig

zeichnet und in Wahrheit nur ein Honig-Surrogat

ist, ist amerikanischer Honig, und der kann dem

heimischen Honig keinen Schaden zufügen. Der sogenannte

Waldbonig ist schon sehr viel verest mit Syrup und

anderen Zuckersubstanzen. Erst macht man den Zucker dem

deutschen Arbeiter theurer als dem englischen Arbeiter und dann

will man ihm auch noch andere Zuckerarten wie den Honig

vertheuern. Auch die Erhöhung des Zolles auf Kakaodol trifft

niedererum fast nur die Produkte, die zu billigen Preisen

abgegeben, also auch nur von armen Leuten gekauft werden.

Alle diese Zollherhöhungen sind aber verschwindend

gering gegen den verheerenden Angriff auf den

Geldbeutel der kleinen Leute, indem man

durch eine Erhöhung des Zolles auf Baumwollensamen-Del

gleichzeitig die Margarine versteuert. Leider ist unsere Be-

völkerung schon so arm, daß sie mit Margarine vorlieb nehmen

muß, und nun will man sie noch extra bestrafen zu Gunsten der-

jenigen, die Butter produziren. Das ist eine Sozialpolitik, die

uns vom agitatorischen Standpunkte aus nur angenehm sein

könnte. Der arme Mann kann sich keine Butter mehr

leisten, auch nicht gutes Fett, und selbst der Bauer fest-

lich, seinen Knechten und Mägden Margarine vor und bringt

die Butter auf den Markt. Jetzt soll die Margarine noch ver-

theuert werden. Leinöl wird nicht, wie der Staatssekretär

meinte, lediglich als Schmieröl verwendet, sondern auch, besonders

in Norddeutschland, von der Landbevölkerung als Speise-Oel in

großen Massen. (Zustimmung der Sozialdemokraten.) Aller-

dings ist unser Export an Butter zurückgegangen, das liegt aber

an der riesenhafte amerikanischen Konkurrenz. Wir können

unmöglich mit den enormen natürlichen Hilfsmitteln Amerika's

konkurriren. Unsere Butterproduzenten werden aber nicht

in geringsten geschädigt, wenn man den kleinen Leuten die Mar-

garine vertheuert. Denn der arme Mann wird auch die ver-

theuerte Margarine kaufen müssen. Man klagt über die be-

trügerische Konkurrenz, welche der Butter durch die Margarine

erwächst und daß diese über Gebühr bezahlt würde, weil ja das

Publikum die Margarine als Butter kauft. Es wäre in der That

dringend zu wünschen, daß das Reichs-Gesundheitsamt eine Methode

aussindig machte, durch welche man Margarine von Butter

unterscheiden könne. Die Gerichschemiker kommen heute zu ganz

entgegengesetzten Resultaten und Mischungen von Butter und

überhaupt nicht zu helfen. Die Eisenhämmer müssen sich eben an die neue Zeit gewöhnen. Wir haben seinerzeit den Postillon und Postkutschern auch keine Entschädigung gegeben. Jetzt wollen alle, die bei der Verbesserung der Verkehrswege und der Verbesserung der Produktionsweise mit der modernen Produktion nicht Schritt halten können, Entschädigung haben. Dafür sind wir doch nicht verantwortlich. Wir meinen, daß die ganze Vorlage nicht erst eingehender Besprechung bedarf.

Die geplante Erhöhung des Zolls auf Baumwollensamen, Del und damit die Verhinderung der Margarine ist für uns nicht erst einer Diskussion fähig. Da kann der Reichstag einfach sagen: Quod non! Das giebt's nicht. Das Volk ist hoch genug belastet, und Sie brauchen ihm nicht noch seine Surrogate vertheuern. Wir sind also gegen die Kommissionsberatung und lehnen die Vorlage ab. (Erfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kröber (Sp.) tritt für den zollfreien Bezug von Bau- und Nutzholz für die Sägemühlen im Grenzverkehr ein. Werde den Kreuzsägemühlen der Zoll auferlegt, so sei es ihnen unmöglich, ihn auf die Bretter abzuwälzen; können sie ihn nicht tragen, so müssen sie aufhören. Damit würde der Kreis der Unzuliefernden abermals erweitert. Es ließe sich ja vielleicht nach dem Vorschlage des Abg. Buddeberg das Quantum Kontingentiren und die Begünstigung auf die vorhandenen Anlagen beschränken. Darauf wird die Fortsetzung der Beratung vertagt.

Schluss nach 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Anträge aus dem Hause).

## Parlamentarisches.

**Budgetkommission.** Im Laufe der Beratungen bringen die Abg. v. Podbielsky und Hug Beschlüssen vor über die Fiktionsentwürfe, die seitens der Militärbehörden gestellt werden nach stattgehabten militärischen Übungen. Hug weist sich namentlich über die zu niedrigen Entschädigungen; Prinz Krenberg über die späte Auszahlung derselben. Graf Posadowsky meint, man wolle hier Mehrausgaben, aber sei nicht geneigt, Mehreinnahmen zu bewilligen. Geh. Rath Koch: Die Entschädigungen gingen deshalb so spät ab, weil es an Expeditionsbeamten fehlt. (Weiter.) Der Kriegsminister erklärt, man werde nach Kräften den angeregten Wünschen entgegenzukommen suchen. Richter: Er habe keine Mehrausgaben bis jetzt bewilligt. Wollte man aber an einer anderen Seite sparen, z. B. bei den Liebesgaben für Zucker und Brauntwein, so sei er bereit auch Mehrausgaben zu bewilligen. Die geforderten Summen werden bewilligt.

Bei Kapitel 34: Reisekosten und Tagelöhner trägt Schädlert an, was aus Grund der im vorigen Jahr beschlossenen Resolution des Reichstags zur Ordnung der Sache geschehen sei. Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Frage könne nicht einseitig durch Reich gelöst werden, sondern muß namentlich im Einverständnis mit Preußen erfolgen. Die Sachlage zu ändern sei allgemeines Einverständnis vorhanden, nur über den Weg sei man noch nicht einig, aber geändert müßte werden schon aus ethischen Gründen. Man habe angeregt, die Frage zu lösen mit einer einheitlichen Gestaltung der Eisenbahn-Personentaxen. Der Sinn der Rede ist, daß eine baldige Aenderung nicht zu erwarten ist. Richter ist von der gegebenen Antwort nicht befriedigt, weist auf die Ausführungen Miquel's hin, der im preussischen Abgeordnetenhaus eine Lösung der Reisekostenfrage mit der Gehalts-erhöhung der Beamten in Verbindung bringen wollte. Im weiteren macht er Vorschläge, noch denen nach seiner Meinung verfahren werden müsse. Dr. Schädlert wünscht baldige Lösung, die Angelegenheit sei dringend, es gehe nicht, daß zum Beispiel ein kommandirender General volle Tagelöhner-Entschädigung (30 M.) erhalte, auch wenn er an demselben Tage noch zurückkehre. Prinz v. Krenberg verlangt, das Reich solle auf eigene Faust vorgehen, Preußen müsse dann folgen. Babel erinnert daran, daß der Reichstag schon in 20 achtziger Jahren diese Angelegenheit erörtert und Abänderung beschlossen habe, man habe also Zeit genug gehabt. Der Staatssekretär habe die Sache mit dem richtigen Namen bezeichnet. Warum erfolge aber nichts? Sei ernsthaft der Wille vorhanden, hätte sich längst auch ein Weg gefunden. Auf die Regelung der Eisenbahn-Personentaxen oder die Beamten-Gehalts-erhöhung zu warten, heiße die Frage ins Unendliche hinausschieben. Die Ungerechtigkeit sei nicht bloß bei den Tagelöhnern, sondern auch bei den Tagelöhnern nachzuweisen. Er habe den Eindruck, der Wille zur Aenderung fehle. v. Kardorff regt eine Pauschalzahlung der Reisekosten für gewisse Beamtenkategorien an. Die Position wird bewilligt.

Im Laufe der weiteren Vorlesung macht Müller-Fulda darauf aufmerksam, daß bei der Fortsetzung von über 19 Millionen für Anfertigung und Erhaltung der Munition zu sehr hohe Restbestände von früheren Bewilligungen vorhanden seien. Da sei eine Kürzung der Fonds wohl in Erwägung zu nehmen. An der Debatte betheiligten sich außer dem Fragesteller der Abg. Richter und eine Anzahl Kommissare. Schließlich berührt sich Müller-Fulda auf Grund der gegebenen Auskünfte. Die Sitzung wird bei Kapitel 40 vertagt.

Dem Abgeordnetenhaus ist die Uebersicht der von der Staatsregierung gefassten Entschlüsse auf Anträge und Resolutionen des Hauses aus der Tagung 1894 zugegangen. Danach ist der Antrag auf Vorlegung nationaler Mittheilungen über die Ergebnisse des Wahlverfahrens bezüglich der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und der Gemeindevorwahlen berücksichtigt worden. Die gewünschte Statistik wird im statistischen Bureau hergestellt und dem Landtage vorgelegt werden. Aus Anlaß einer Resolution über die Umzugskosten der Staatsbeamten wird mitgetheilt: zwischen den betheiligten Ressorts ist eine Verständigung darüber herbeigeführt, daß denjenigen Regierungsbeamten, die zur Deckung des dauernden Bedarfs an Anwärtern für den höheren technischen Dienst erforderlich sind, Umzugskosten in demselben Umfange wie den Assessoren zu gewähren sein werden. Ein entsprechender Gehaltseinwurf wird vorbereitet. Auf eine Resolution, die Pensions- und Weisungsverhältnisse der an öffentlichen nichtstaatlichen höheren Lehranstalten angestellten Lehrkräfte einheitlich zu regeln, wird erwidert: Die Sache wird im Auge behalten. Ob und wann die gewünschte einheitliche Regelung im vollen Umfange wird durchzuführen sein, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Weiter wird mitgetheilt, daß der Erlaß eines Gesetzes oder reglementarischer Bestimmungen zur Bekämpfung des Geheimnisschwandens für das Deutsche Reich vom Reichskanzler erwogen wird. Eine Anzahl von Petitionen waren der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden, daß die Vertreter Preußens im Bundesrat Anträge auf Erhöhung des Eingangszolls auf ausländisches Gerbmateriale, insbesondere auf Quebrachoholz, stellen. Die Antwort der Regierung geht dahin, daß die von den betheiligten Ressorts eingeleiteten Erörterungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Eine Petition um anderweitige Regelung der Pensionsverhältnisse der Rektoren der Elementarlehren war der Regierung zur Erwägung überwiesen worden. Wie die Regierung mittheilt, ist die Erörterung der Frage noch nicht abgeschlossen.

## Tokales.

49 Heirathsannoncen paradien wieder in der letzten Sonntagsnummer der „Voll. Ztg.“ In einer Zeit, wo die bürgerliche Klasse bemüht ist, ihre Anschauungen von Ehe, Familie und Sittlichkeit gegen jede Kritik von sozialdemokratischer Seite durch das Gesetz schützen zu lassen, da lohnt es sich wirklich, noch

einmal auf das Thema der Heirathsvermittlung zurückzukommen und dazu liefern diese 49 Annoncen aufs neue einen überaus erheblichen Beitrag. Wiederum ist es fast nur die gute oder seine, sehr gute oder sehr schlechte Gesellschaft, aus der sich die interessirenden Heirathsbegehren erheben. Kaufleute, Fabrikbesitzer, Großindustrielle, Rittergutsbesitzer, höhere Staatsbeamte u. s. w. bieten sich an oder werden von heirathsfähigen Töchtern aus denselben Kreisen verlangt. Und der Entree heißt fast überall: Ihr Geld in deinenbeutel, wenn du mich haben willst, und zwar möglichst viel. Sie haben ganz recht, die ehrenwerthen Damen und Herren; auch wenn man sich w e g w i r f t, muß man sich immer noch standesgemäß benehmen und sich wenigstens nicht für ein Trutzgeld wegwenden. Einer ist darunter, ein „intelligenter, hübscher, junger Herr“, den verlangt's noch der Bekanntheit einer „sehr reichen“ Dame, „zweck Heirath“. „Alter oder Fehler berücksichtigen“, sagt er hinzu. Das kann doch, falls es nicht etwa für „unberathig“ verurtheilt ist, nur heißen: wenn sich z. B. eine alte Jungfrau meldet, welche schielte oder lahmt, so kann sie nur dann auf Erfolg rechnen, wenn sie diesen Schwachheiten durch eine extra-große Mitgift wett zu machen in der Lage ist. Vorurtheile sind jene Tresschen, welche, ohne Ansehen der Person, unbestimmt um Fehler oder Vorzüge der oder des Zukünftigen, nur in ein Geschäft „einzuheirathen“ bezw., wenn man so sagen darf, „einzuheirathet“ zu werden wünschen. Eine Ausnahme, wenn auch nur eine kleine, macht diesmal eine Dame, die einen „jüdischen, gebildeten Herrn“ sucht. Wer sie will, „kann in ein kleines, solides Geschäft ein gros einheirathen“, muß aber wenigstens ein „gutes Exterieur“ haben. (Sollte der Inhaber des Geschäfts übrigens eine Art Laban sein, der gleich mehrere Töchter an einen Schwiegerohn verheirathen will?) Da sind jene jungen Damen oder Witwen doch beschwerlicher, die trotz ihrer „angenehmen Erscheinung“ u. s. w. durchaus nur die Bekanntheit älterer Herren wünschen, nota bene: wenn diese daneben auch reich sind. Beschwerlicher aber als bescheiden ist der „streng christlich gesinnte Mann“, dem ein „Mädchen mit größerem Vermögen“ erwünscht wäre; er scheint nicht einmal zu verlangen, daß seine vermögende Lebensgefährtin gleichfalls streng christliche Gesinnung besitze, wenigstens sagt er es nicht ausdrücklich. Ja, es ist ein erbauliches Sittenbild, dieser Heirathsmarkt, auf dem sich die Frommen und Gottesfürchtigen zusammen mit Halbwelt-Läusen (die bekanntlich ebenfalls zu der „vornehmen“ Gesellschaft gehören), an den Heirathstischen verkaufen! Um dieses Sittenbild jedoch völlig würdigen zu können, muß man auch die sich direkt an die Heirathsannoncen anschließenden Annoncen lesen, in denen Heirathsweniger bekannt machen, daß „Damen besserer Stände“ bei ihnen liebevolle Aufnahme zur Niederkunft oder sonst Rath und sichere Hilfe in drückenden Angelegenheiten finden. Strengste Verschwiegenheit wird natürlich zugesichert. Eine verspricht sogar „liebevolle Aufnahme, von wo aus nichts nach der Heimathbehörde gemeldet wird“. Soll heißen: wenn die Tochter aus „besserer Familie“ reingefallen ist, geht sie nach Berlin, wartet hier ihre Niederkunft ab, läßt das Kind hier anmelten, giebt's auf Nimmernieterschen und hoffentlich baldiges Sterben an eine Heilmutter und lehrst als nach wie vor sitzames Jungfräulein in die Vaterstadt zurück, um hier vielleicht in einem Verein zur Beförderung gefallener Mädchen über die Unbilligkeit von Arbeiterinnen zu erörtern, die ihr in Hammer und Roth zur Welt gebrachtes uneheliches Kind, der Schande trotzend, bei si. behalten, um es unter harter Arbeit und bitteren Entbehrungen kümmerlich aufzuzüpfeln. Das ist die „Sittlichkeit“ der bürgerlichen Gesellschaft!

Ueber die neue Lesehalle der Gesellschaft für ethische Kultur wird und geschrieben: Am 1. Januar d. J. von der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Neue Sädhauerstraße 13 errichtete öffentliche Lesehalle ist der erste Versuch, Institute und Einrichtungen, wie sie seit längeren Zeiten in England und Amerika bestehen, in Berlin einzuführen. Schon oft ist von namhaften Gelehrten und Schriftstellern darauf hingewiesen worden, welchen großen Einfluß auf die Erweiterung der Kenntnisse die Erweckung intellektueller und sittlicher Kräfte die großen Lesehallen und die leicht zugänglichen Bibliotheken der englischen und amerikanischen Städte ausübt haben. Der von der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur gemachte Versuch hat sich bereits in den 14 Tagen, in denen die Lesehalle besteht, bewährt und hat bewiesen, daß ein Bedürfnis für diese Einrichtungen in Berlin vorhanden ist. Die Lesehalle, welche in den Werktagen von 6 bis 10 Uhr abends, Sonntags von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr vormittags und von 5 bis 10 Uhr nachmittags geöffnet ist, wurde an Werktagen von ca. 200 Personen, an Sonntagen von über 300 Personen besucht. Die stark Entleerung der Bücher, circa 50 St., obwohl vorläufig lediglich die Benutzung in der Lesehalle möglich ist, zeigt, daß nicht etwa die Luft, beim Durchblättern von Zeitungen eine Stunde hinzubringen, sondern das Verlangen nach gediegener Lektüre die Besucher in die Lesehalle treibt. Bei den noch geringen Mitteln, welche die deutsche Gesellschaft für ethische Kultur zu dem Unternehmen bisher zusammengebracht hat, konnte zunächst nur eine Lokalität gemietet werden, welche für 75 Personen Sitzplätze bietet. Dennoch haben sich oft Hundertlang zu gleicher Zeit über 100 Personen in der Lesehalle aufgehalten, unter diesen Umständen eng gedrängt und zum Theil gezwungen, in stehender Haltung zu verharren. Der Eifer, mit welchem selbst in dieser wenig angenehmen Situation die Lektüre betrieben wurde, beweist am deutlichsten, wie sehr ein Bedürfnis für die Errichtung von öffentlichen Lesehallen in Berlin vorhanden ist. Es gilt, diesen ersten Versuch zu einer ständigen Einrichtung zu machen, das Bestehen der einen Lesehalle auf die Dauer zu sichern und die Möglichkeit zu schaffen, daß in allen Stadttheilen derartige Institute errichtet werden.

Die Sittlichkeitsheuschrecke wird nächstens im Reichstagshaus eine Orgie feiern. Es wird nämlich gemeldet, daß in der letzten Sitzung der Reichstagsbau-Kommission die „vielfach ausdringlichen Ruditäten“ in dem neuen Gebäude zur Sprache gekommen sind und daß beschlossen wurde, die „schlimmste“ derselben, die Justitia auf dem Stuhl des Präsidenten kurzerhand entfernen zu lassen. Wahrscheinlich wird die Kritik der Sittlichkeit in ihrer nackten Größe der rechten Seite des Hauses dieses Mißbehagen verursachen; peinlich genug mag der Anblick der hohen Gestalt an dem Präsidium nicht sein. Die Hünshühner-Patrioten sind, die durch ihre insamen Mißthaten in letzter Zeit ungekostet die Würde des Hauses herabzusehen gesucht haben. Also nieder mit der Justitia und nieder mit der nackten Wahrheit!

Für den Umsturzrummel scheint ein gewisser Theil der Studierenden unserer hiesigen Universität geschäftig zu sein. Im Kasanienwäldchen hinter der Universität befindet sich, wie bekannt, die akademische Lesehalle, ein Institut, in welchem Zeitungen und Zeitschriften der verschiedenen Parteien ausliegen. Es ist ungefähr drei Wochen ist nun regelmäßig die ausliegende Nummer des „Sozialdemokrat“, des „Sozialist“ und der „Neuen Welt“, kurz nach ihrem Erscheinen von der Stange des Zeitungsstellers bis auf den letzten Buchen mühelos abgerissen worden. Sollten die betreffenden Herren, die dies zu thun für nützlich befinden, etwa glauben, dadurch die sozialdemokratischen Verheerungen, welche in einigen Köpfen junger Akademiker Wurzel gefaßt haben, bekämpfen zu können? Oder sollte dieses Vorgehen als geeignet erscheinen sein, für den 90 000 Mark-Fonds zur diesjährigen Bismarckfeier Propaganda zu machen?

Aus dem Reiche des Herrn Thielen. Die Sparsamkeit der Eisenbahn-Behörde hat in dem Vorortverkehr zwischen Berlin (Anhalter Bahnhof) und Groß-Lichterfelde einen bedernten Ausbruch gefunden. Die Sonntagszüge sind wegen ihrer zahlreichen Wagen und wegen des größeren Verkehrs von dem für die Wochentags-Züge zur Begleitung bestimmten Zugführer nicht zu übersehen. Daher werden aus der Zahl derjenigen Beamten, die sonst mit Güterzügen fahren, aber ihren freien Tag haben,

Schaffner zu den vorortigen Kommandirt. Diese Beamten, die von morgens bis um 4 Uhr nachmittags bezw. von diesem letzteren Zeitpunkt bis nachts gegen 1 1/2 Uhr fahren, beziehen für den Sonderdienst nur die Kilometergelder von je 0,4 Pfg. Die Eisenbahn-Behörde hat dadurch für jeden Zug an Sonntagstagen etwa 60 Pfl. Mehrkosten, als sonst, da jeder der beiden Schaffner etwa hundert Kilometer fährt, mithin etwa 40 Pfg. verdient.

Eventuell. Die Heiligkeit des Eides wurde von einem am Amtsgericht II amtierenden Gerichtsassessor kürzlich einem vor-geladenen Zeugen mit folgenden Worten zu Gemüthe geführt: „Ich brauche Ihnen wohl nicht erst zu sagen, daß Sie nur die reine Wahrheit sagen dürfen. Wer falsch schwört, kommt ins Zuchthaus und — eventuell in die Hölle.“

Der Standsbeamte soll hinfort mit dem Pastor einträglich zusammenwirken — so will es der Oberpräsident Staatsminister v. Kadenbach. Bekanntlich werden junge Ehepaare gar oft mit dem Besuch von Pastoren beauftragt, welche sie zur kirchlichen Trauung animiren wollen. Nun hatte sich der Standsbeamte des vereinigten Standsamts III geweigert, den kirchlichen Organen die gemeinschaftliche Wohnung der Ehe-schließenden bekannt zu geben, worauf der Gemeinde-Kirchenrath der Jerusalemkirche beim Konfistorium den Antrag stellte, seiner-seits die geeigneten Schritte zu thun. Das ist geschehen, und der Oberpräsident Staatsminister Kadenbach hat nunmehr die Stands-beamten angewiesen, dem Gemeinde-Kirchenrath die gewünschten Mittheilungen zu machen.

So oder so; in Arbeiterkreisen werden derartige Pastoren-besuche keinen großen Erfolg haben. Der Arbeiter weiß, daß seine pastorenfreie Liebesheirath tausendfach sittlicher ist, als die von vorgelathen Staats- und Religionsführern geschlossenen Heirathen, zu denen die orthodoxe Kirche ihren Segen giebt. Und wer ein geistig selbständiger Arbeiter ist, der handelt in diesem Bewußtsein.

Ueber die Menschlichkeit hat wieder einmal die schmerzhafteste Selbstsucht den Sieg davongetragen. Die Absicht des Magistrats, ein zweites Asyl für Obdachlose in der Müllerstraße zu errichten, ist nämlich aufgegeben worden. Die Eigenthümer jener Straße haben in gemeinschaftlichen Petitionen gegen die Errichtung des Asyls Front gemacht und infolge dessen hat der Magistrat den Voten die Mittheilung zugehen lassen, daß die Stadt von der Bebauung eines zweiten Asyls im Norden Abstand nehmen wolle!

Die Bureau der städtischen Einkommensteuer-Verwaltung sollen nach einer Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung am 1. April aus dem Rathhause nach dem Hause Spandauerstr. 16-17 verlegt werden.

Bei der Kommission der Braner- und Brauerer-Arbeiter sind für die Ausgesperrten eingegangen: Ueberschuss von der am 26. Dezember v. J. veranstalteten Matinee des Gefangenenvereins Nordstadt (einschließlich 11,70 M. für Stodantion) durch G. Jabrow 95 M. Die Kommission.

Ueber Behring's Diphtherieserum fällt eine hervor-ragende Autorität auf dem Gebiete der Kinderheilkunde, Prof. Kaffowich in Wien ein äußerst abfälliges Urtheil. In der Gesellschaft der Aerzte sagte Herr Kaffowich nach der „Magdeburger Zeitung“ am 18. Januar: Kaum jemals sei von einem Manne der Wissenschaft ein so schwerwiegendes Versprechen mit geringerer Berechtigung ausgesprochen worden, als von Behring. Der Immunisirungswert des Heilserums sei gleich Null. Der Krankenbesuch werde dadurch nicht gebessert, und die wirkliche Sterblichkeit an Diphtherie sei seit der Anwendung des Heilserums nicht geringer geworden. Trotzdem fordert Kaffowich zu ausgedehnten Fortsetzungen der bisherigen Versuche auf, damit die Wahrheit klar an den Tag komme.

Vorsicht beim Einkauf von Kartoffeln. Man hat einen Arie erbracht, durch den es ermöglicht wird, minderwertigen Kartoffeln das Aussehen von guten zu verleihen. Das soll durch eine Behandlung mit Potassche erzielt werden. Wie verlautet, sind in einigen Markthallen schon solche präparirte Kartoffeln aufgetaucht.

Die Einwohnerzahl der Stadt Berlin bezifferte sich am 5. Januar auf 1724 438 Seelen, sie hat sich also in der Zeit vom 1. bis zum 5. Januar um 51 Seelen vermindert. In demselben Zeitraum wurden 187 Ehen geschlossen und 655 Kinder geboren. Zur amtlichen Meldung gelangten 411 Todesfälle, von denen 204 auf männliche und 207 auf weibliche Personen entfielen. Hierunter sind 9 Todesfälle durch Selbstmord herbeigeführt.

Zu der Explosion am Petroleum-Lagerhof wird uns nachdrücklich mitgetheilt, daß die Darstellung, als ob die verunglückten Arbeiter zum wesentlichen selber Schuld an dem furchtbaren Vorfall trügen, auf Nichtigkeit keinen Anspruch machen kann. Die Arbeiter hatten im Auftrage ihres Vorgesetzten in dem leeren, nur mit Alkoholflaschen angefüllten Raum Tonnen hinab zu befördern und in Unkenntnis über die Gefährlichkeit dieser Gase haben sie dann in dem dunklen Raum, der nur mit einer Oeffnung versehen war, höchstwahrscheinlich ihre Ketherlampe anzünden wollen. Damit derartigen Unglücks-fällen für die Zukunft vorgebeugt werde, wird es sehr notwendig gehalten, daß die Leuchte mit elektrischem Licht versehen werden und daß man an ihnen zum leichteren Abzug der Gase mehr Oeffnungen anbringt.

Wahrscheinlich ein „Afrikasforscher“, der seine Ausrüstung komplettiren wollte, hat am Sonnabend Abend aus der Bibliothek der Lesehalle am Spittelmarkt den Band „Africa“ von Sievers' „Wg. Weltkunde“ mitgehen lassen. Mit einer Beharrlichkeit, die in Erfahrenen fehlt, werden dort fortgesetzt Diebstähle an Büchern und Zeitungen verübt, ohne daß es gelingt, die Thäter abzufassen, trotzdem eine „Belohnung“ bis zu 20 M. für jeden einzelnen Fall dafür in Aussicht gestellt ist.

Eine Schalksprügel, in der der Revolver zwar nur die Rolle eines Kaskabontons spielte, fand am Montag zwischen den Edeffen und Vechen Rittermeister a. D. v. Koge, einem Vetter des Mannes von Gall Koge und einem Hermonienmeister und Kammerherrn Freiherrn von Schraden-Plieshorf“ hat. Als geladene Zuschauer bei der Revolver-Matinee (sog. Sekundanten) fungirten ein Herr von Brandenstein und Herr von und wohn Hammerstein von der „Freiz-Zeitung“. Wie früher schon, so hat auch in dieser neuen Wendung der Affäre das „Kleine Journal“ eifrig für entsprechende Verbreitung des an sich immer noch häufig ausströmenden Mißdustes gesorgt. Es versteht sich, daß wir unsere Leser in Rücksicht auf die gute Sitte nicht weiter mit dem elen Schmutz des „Hales Koge“ beschäftigen, in dem die Kammer-tuechte jetzt wieder mit Behagen herumwühlen.

Verwundet und blutüberströmt wurde am Montag Abend zwischen 6 und 7 Uhr der Tischler Thiede aus der Prinz-Pand-terstraße 13 zu Mißdorf von zwei Schußwunden des 39. Jäger-Regiments nach der Unfallstation I in der Wilhelmstraße gebracht. Thiede war aus einer Drochle herausgefallen und hatte sich eine schwere Kopfverletzung zugezogen.

Ueber die in Spandan internirten Oberfeuerwerker-Schüler wird noch gemeldet: Die Gefangenen, welche degradirt sind und somit in die Reihen der Gemeinen zurücktreten, haben während ihrer Strafzeit eine besondere Kleidung zu tragen und werden mit militärischen Arbeiten an den Festungswerten und dergleichen beschäftigt; bei Arbeiten außerhalb der Festung stehen dieselben unter besonderer Bewachung. Die dagegen nicht degradirten Unteroffiziere behalten ihre bisherige Kleidung auch während der Festungshaft und werden mit schriftlichen Arbeiten innerhalb des Gefängnisses beschäftigt; eine Beschäftigung außerhalb desselben ist jedoch unzulässig. Die Ver-

urteilten waren ferner weiß Kapitulanten. Da nun dem...  
Kapitulanten über sechs Wochen die Kapitulanten wieder rückgängig zu machen und im vorliegenden Falle die geringste Strafe sechs Wochen und einen Tag beträgt, so werden die Ober-Feuerwerkschüler nach Verbüßung ihrer Strafen einfach entlassen und müssen dann einen neuen Lebenslauf wählen. Der Fall aber, daß einer oder der andere aktive Leutnant nachjuden hätte, dürfte kaum vorliegen, da zur Ober-Feuerwerkerschule bekanntlich stets nur ältere Unteroffiziere kommandiert werden.

Ein Diebstahl, durch welchen der davon Betroffene einen empfindlichen Verlust, der Dieb jedoch keinen Nutzen hat, ist auf einem Pferdebahnhof der Linie Schönhauser Allee—Nixdorf verübt worden. Am Sonntag wurde einem Schaffner dieser Strecke ein Fahrschein-Büchlein enthaltend 160 Fahrscheine à 20 Pf. (grüne Farbe) entwendet. Der jetzige Inhaber des Büchleins, welcher die Scheine absolut nicht verwenden kann, wird gebeten, dieselben an die Verwaltung des Pferdebahnhofes Nixdorf einzusenden, da sonst dem Schaffner der Wertinhalt der Scheine mit 32 M. bei der menschenfreundlichen Pferdebahn-Gesellschaft zu decken hat.

Selbstmord hat in einer Bade-Anstalt ein in den mittleren Jahren lebender Mann verübt. Im „Dianabade“ erschien am Montag Nachmittag ein vornehm aussehender Herr, dem die Zelle 1 (Wannenbad) angewiesen wurde. Als er nicht wieder zum Vorschein kam, und ein Wärter sich nach seinem Gaste umsehen wollte, fand er den Fremden, der sich in der Zelle aufgeklopft hatte, als Leiche vor. Die Persönlichkeit hat sich nicht gleich feststellen lassen. Aus der äußeren Erscheinung glaubt man, auf einen dem Kaufmannstande angehörenden Mann schließen zu dürfen.

Erhängt hat sich aus unbekanntem Motiven der Fuhrherr Gollnow in der Bartelstraße.

Auf dem Güterbahnhof der Berlin-Lehrter Eisenbahn entstand in der gestrigen Nacht ein Brand, durch welchen eine Wächterbude zum größten Teil vernichtet wurde. Es brannte beim Eintreffen der Feuerwehr auch bereits ein Teil des angrenzenden Holzplatzes; doch wurde das Feuer bald mittels eines Hochres zum Stehen gebracht.

Zu der Straffache gegen einen unbekanntem Droschkenfahrer ist am Montag die Leiche des Arbeiters Rudolf Silke aus der Potsdamerstraße 77a beschlagnahmt worden. Silke ist angeblich am 18. d. M. in der Leipzigerstraße überfahren worden und an den Folgen am Sonntag in seiner Wohnung gestorben.

Durch seinen eigenen Wagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern Morgen der Ruffischer Herrmann Kündel in der Yorkstraße. In bewußtlosem Zustande wurde er von Passanten nach der neu begründeten Unfallstation in der Yorkstraße 44 gebracht. Dasselbe wurde festgestellt, daß er einen schweren Bruch des Oberschenkels erlitten habe. Da der Zustand als sehr bedenklich erachtet wurde, wurde der Verunglückte mittels Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhaus am Urban übergeführt.

Aus gekränktem Ehrgefühl erschossen hat sich gestern Nachmittag gegen 5 Uhr, wie aus Spandau gemeldet wird, der Arbeiter Köhler aus der Jagowstraße 11 in seiner Wohnung. Er fand in dem Verdachte, einen Diebstahl begangen zu haben und sah die ihm bevorstehenden Ermittlungen mit der Polizei voraus. Aus diesem Grunde griff er zum Revolver und entzog sich den Weiterungen durch einen wohlgezielten Schuß.

Zu dem Sturz aus dem Fenster, von dem wir gestern berichteten, wird uns von Herrn Tischlermeister Zimmermann, Oberbergerstr. 20, mitgeteilt, daß er nicht mit dem von uns in dieser Angelegenheit genannten Tischler gleichen Namens identisch sei.

Arbeiterrisiko. Auf dem Bau Weidenweg 19 ist am Dienstag Vormittag 9 1/2 Uhr der Klempner Hermann Utendorfer vom Dach fünf Eick hoch herabgefallen. Der Verunglückte wurde in schwerem Zustand nach seiner Münchenerstraße 1 belegenen Wohnung gebracht. Wie in den meisten derartigen Fällen, so wird auch dies Unglück dem Mangel genügender Schutzvorrichtungen zugeschrieben.

Polizeibericht. Am 21. d. M. wurden mittags ein Fuhrherr in seiner Wohnung in der Bartelstraße, und nachmittags ein unbekannter Mann in der Zelle einer Badeanstalt erhängt vorgefunden. — Am Kottbuser Ufer wurde nachmittags die Leiche einer Frau im Landwehrkanal angeschwommen. — Abends wurde vor dem Zirkus Schumann ein Arbeitsbursche von einem anderen Burschen, welcher mit einer Tischlingspille spielte, durch einen Streifschuß am Halse verletzt.

#### Witterungsübersicht vom 22. Januar 1895.

| Stationen. | Barometerstand in mm reduziert auf d. Meeresspiegel. | Windrichtung. | Windstärke (Skala 1-12) | Wetter.      | Temperatur (nach Celsius) (0° = 40° F.) |
|------------|------------------------------------------------------|---------------|-------------------------|--------------|-----------------------------------------|
| Swinemünde | 751                                                  | SW            | 3                       | heiter       | -3                                      |
| Hamburg    | 754                                                  | SW            | 4                       | wolkenlos    | -4                                      |
| Berlin     | 754                                                  | SW            | 3                       | wollig       | -3                                      |
| Biesbaden  | 758                                                  | N             | 2                       | wolkenlos    | -2                                      |
| München    | 758                                                  | SW            | 5                       | Schnee       | -0                                      |
| Wien       | 750                                                  | SW            | 4                       | bedeckt      | 5                                       |
| Saparanda  | 746                                                  | —             | —                       | wolkenlos    | -16                                     |
| Belgrad    | —                                                    | —             | —                       | —            | —                                       |
| Cort       | 766                                                  | SW            | 4                       | halb bedeckt | 2                                       |
| Aberdin    | 756                                                  | SW            | 3                       | wollig       | 1                                       |
| Paris      | 761                                                  | W             | 2                       | wolkenlos    | -2                                      |

#### Wetter-Prognose für Mittwoch, 23. Januar 1895.

Ziemlich kaltes, zeitweise heiteres, vorherrschend wolfiges Wetter mit leichten Schneefällen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

## Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht. Geschäftsführer in Restaurationen, welche die Funktionen eines der Aufsicht führenden Oberleiters annehmen, achtet die Kammer VI Bezirksbeamten, Werkmeistern, Technikern und ähnlichen Angestellten gleich, auf welche die §§ 133a bis 133c der Gewerbeordnung Anwendung finden. Ein derartiger Geschäftsführer, namens Müller, beantragte von dem Restaurateur Dudenbrand sein Gehalt für einen Monat, welche Forderung der Beklagte zu erfüllen ablehnte, weil der Kläger krank gewesen und schon zu Beginn des Monats entlassen worden sei. Der Vertreter des Klägers bestritt, daß dieser überhaupt entlassen wurde, das Gericht nahm aber die Entlassung auf Grund der Beweisführung als erwiesen an. Nach § 133c Nr. 4 der Gewerbeordnung können nur Werkmeister, Betriebsbeamte u. entlassen werden, wenn sie durch eine anhaltende Krankheit an der Verrichtung ihrer Dienste verhindert werden; ihnen bleibt aber dann der Anspruch auf die vertragmäßigen Leistungen des Arbeitgebers für die Dauer von sechs Wochen, wenn die Verhinderung die Folge unverschuldeten Unglücks war. Diese Voraussetzungen waren im Falle Müller wider Hildebrandt erfüllt, weshalb denn auch der Anspruch des ersten gerichtlich anerkannt wurde. Es wurden ihm 63,50 M. zugesprochen, da von 120 M., dem Monatsgehalt, eine Abschlagszahlung von 25 M. und außerdem 31,50 M. in Abzug zu bringen waren, welche Summe die Krankenkasse während des fraglichen Monats dem Kläger gezahlt hatte.

Wie der § 124b der Gewerbe-Ordnung ausgelegt werden kann. Dieser Paragraph bleibt bekanntlich u. a. Arbeitern, die rechtswidrig ohne vorherige Kündigung entlassen wurden, das Recht, als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und für jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ordentlichen Tageslohnes fordern zu dürfen, ohne an den Nachweis eines Schadens gebunden zu sein. Der Zimmerer K. war rechtswidrig entlassen worden und hatte eine Entschädigung für sechs Tage verlangt, indem er sich auf den zitierten Paragraph stützte; dabei hatte er aber erklärt, nur vier Tage arbeitslos gewesen zu sein. Die Kammer III sprach dem Kläger unter folgender Begründung eine Entschädigung für nur vier Tage zu. Dem Nachweis eines Schadens hätte K. nach § 124b der Gewerbe-Ordnung bezüglich seiner Forderung allerdings nicht erbringen brauchen; nachdem er aber zugegeben habe, vier Tage arbeitslos gewesen zu sein, hätte ihm nur für diese Zeit ein Schadenersatz zugestanden werden können. — Auf jeden Fall ist das Urteil lehrreich.

Der Steinträger B. war auf einem Bau des Maurermeisters Hartwich in Arbeit getreten, nach einigen Stunden aber wieder entlassen worden. Da er mit dem Polier, welcher Hartwich vertrat, keine Vereinbarung auf Ausschluß der Kündigung getroffen hatte, klagte er beim Gewerbegericht. Er beanspruchte die übliche Entschädigung für 14 Tage. Einen Einwand des Beklagten beantwortete der Kläger damit, daß er allerdings beim Antritt der Arbeit der Meinung gewesen sei, nur für eine Woche etwa beschäftigt zu haben, da der Bau soweit vorgeschritten war. Daraufhin und unter Berücksichtigung der Aussage des Poliers, daß die Steinträger ungefähr nach eine Woche nach des Klägers Abgang zu thun gehabt hätten, wurde B. der ihm entgangene Verdienst dieser einen Woche zuerkannt und seine Mehrforderung zurückgewiesen.

Auch eine Handlung, die gegen die Gesetze verstoßt. Gegen eine Lohnentziehungsklage des Hausdieners M. wandte der Gastwirt Kolb ein, K. habe sich in seiner Abwesenheit von dem Hausdiener M. zwei Zigarren aus seinen, des Beklagten, Vorräten geben lassen, ohne sie zu bezahlen. Der Kläger hält das für einen Betrug, welcher ihn zur Entlassung des Klägers berechtigt. Dieser hingegen bestritt energisch, die Absicht gehabt zu haben, die Zigarren nicht zu bezahlen, er hätte sich dieselben von seinem Kollegen nur leihweise geben lassen. Die Entlassung sei der Ausführung seines Vorhabens, die Zigarren am anderen Tage zu bezahlen, zugekommen. Die Kammer VI unter dem Vorsitz des Assessors Leo wies M. mit seiner Forderung ab, weil er seinen Mitarbeiter zu einer Handlung verleitet habe, die gegen die Gesetze verstoße. Der Hausdiener M. habe sich eben dadurch eine Unterschlagung zu schulden kommen lassen, daß er dem Kläger Zigarren des Beklagten leihweise überließ, wenigstens liege darin objektiv eine Unterschlagung. Eine solche verstoße aber gegen die Gesetze, und nach § 128 Nummer 7 könnten Arbeiter ohne vorherige Kündigung entlassen werden, wenn sie u. a. ihre Mitarbeiter zu Handlungen verleiten oder zu verleiten suchen, welche wider die Gesetze und guten Sitten verstoßen.

Ein Staatsanwalt von hier. Gegen den Schächtermeister Edmann wurden drei Wochen Gefängnis bestrahlt, weil er bei einer Revision der Eisenbahn-Stationen die Arbeiterklasse demütigt zu haben. Edmann hatte eine Fahrkarte dritter Klasse gelöst und wollte auch in die richtige Wagenklasse einsteigen. In demselben Augenblicke riefen ihm zwei Kollegen, welche zweiter Klasse saßen, zu, schnell bei ihnen Platz zu nehmen, sie hätten für ihn eine richtige Fahrkarte. Diese hatte der Schächtermeister Belling vor acht Tagen benutzt und in der Tasche behalten, da sie ihm nicht abgefordert war. Bei der Revision zeigte nun Meister Edmann die geliehene Fahrkarte, aber der Inspektor bemerkte sofort, daß dieselbe schon eine Woche früher durchlocht war. Die 188. Arbeitszeit-Kommission nahm Verurteilung an und ließ es bei 10 M. Strafe bewenden. Zimmerhine eine unverschämte Strafe für ein garnicht beachtliches Vergehen.

Vom Wirken der Sittenpolizei. Wegen verlesender Beleidigung von Polizeibeamten hatte sich gestern der Restaurateur August Hager vor der 181. Abteilung des Schöffengerichts zu verantworten. Er war Inhaber des Café Anhalt, einem Lokal mit Damenbedienung. Seit Einführung der neuen Verordnungen mit Bezug auf derartige Lokale ist Hager vielfach wegen Uebertretungen derselben bestraft worden. Er ist der Ansicht, daß die Polizei es besonders darauf abgesehen habe, eine Handhabung zu finden, um gegen ihn vorzugehen und ihm die Konzession zu entziehen. Dieser Ansicht verlich er auch Ausdruck in einer Rechtfertigungsschrift, die er beim Ober-Verwaltungsgericht einreichte, als das Verfahren wegen Konzessionsentziehung gegen ihn schwebte. Er behauptete darin, daß das Polizeipersonal zu verwerflichen Mitteln gegriffen habe, um die in seinem Lokal bedienenden Kellnerinnen zu Uebertretungen zu veranlassen, indem Beamte beauftragt worden seien, bei ihm als Gäste zu erscheinen und die Kellnerinnen zu verleiten, an ihrem Tische Platz zu nehmen. Der Staatsanwalt hielt den arggetriebenen Wahrheitsbeweis für misslungen, er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Wochen. Der Gerichtshof hielt nicht für erwiesen, daß der Angeklagte wider besseres Wissen die Behauptungen aufgestellt hatte, sondern verurteilte ihn nur wegen einfacher Beleidigung zu 100 M. Geldstrafe.

Eine eigentümliche Diebstahlsache beschäftigte dieser Tage das Nixdorfer Schöffengericht. Angeklagt war der Schriftleiter Karl Gustav Schmidt, eine Damen-Uhrkette im Werte von 9 Mark entwendet zu haben. Der Angeklagte verkehrte häufig bei einem Uhrmacher Pasewald. Eines Tages war dem letzteren nun eine Uhrkette abhanden gekommen, die ihm von einer Frau Webermeisterin Dietrich zur Reparatur übergeben war. Bald darauf trug Schmidt eine Kette, die nach der Ansicht des Pasewald der verstaubenen wertwändig ähnelte. Einige Tage später traf der Sohn der Frau Dietrich mit dem Angeklagten zusammen, sah die Kette und bezeichnete dieselbe sofort als Eigentum seiner Mutter. Infolge Trohngung mit der Polizei gab Schmidt die Kette heraus mit dem Bemerkten, Frau Dietrich möge dieselbe in Ruhe prüfen. Aber auch Frau D. erkannte in der Kette ihre verschwundene und so wurde allgemein angenommen, Schmidt habe dieselbe dem Pasewald entwendet. Dies wurde von dem Angeklagten in der Voruntersuchung sowohl, wie in der Hauptverhandlung entschieden in Abrede gestellt. Die Kette habe er in folgender Weise erlangt: Er habe sich in einem Geschäft am Kottbuser Damm einen Ring gekauft, der jedoch einiger Kleinigkeiten bedürftig und zu diesem Zweck von dem Verkäufer einem Schneidermeister Garbe in der Forsterstraße zu Berlin übergeben wurde. Als Schmidt von letztgenanntem den Ring erhielt, habe er die fragliche Kette in der Werkstatt des Schneidermeisters Garbe wertlos gehalten und geglaubt, daß dieselbe eine Zugabe bilden solle, obwohl der Karabiner zerbrochen war. In der That befand sich nun der als Zeuge vernommene Schneider, daß er eine fremde Kette in seinem Zimmer gefunden habe, die aus einem der zu reparierenden Ringe herausgefallen sein mußte. Er habe die Kette in den ersten besten Anzug gesteckt, wie sich später herausstellte, in den des Schmidt. Er glaube, daß die vorgelegte Kette mit der von ihm gefundenen identisch sei, damals nur blind gewesen und ihm daher wertlos erschienen sei. Somit mußte die Sache nicht für aufgeklärt erachtet und Schmidt bezüglich des Diebstahls freigesprochen werden. Namentlich konnte der Gerichtshof sich nicht denken, daß der Angeklagte die Kette befehlen haben würde, die Kette bei den ferneren Besuchen bei Pasewald frei und offen zu tragen,

wenn er sie demselben gestohlen hätte. Dagegen wurde eine Hundunterjagung für vorliegend erachtet und dieserhalb der Angeklagte zu 3 Mark Geldstrafe, event. 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Der bekannte Gummschlauch-Prozess, der im Mai v. J. vor dem zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I unter Leitung des Landgerichtsdirektors Krause weiter verhandelt wurde, wird in kurzem nochmals die Öffentlichkeit beschäftigen. Zur Verhandlung über die von den Angeklagten eingelegte Revision ist nunmehr Termin vor dem Reichsgericht auf den 28. Februar v. J. anberaumt worden. Es wird gegen alle Redakteure, mit Ausnahme des durch seine Immunität geschützten Reichstags-Abgeordneten Schmidt, verhandelt werden.

Gleiches Recht für alle! Der „Oberschlesische Anzeiger“ bringt als Ratibor folgenden bemerkenswerten Gerichtsfall. Am 11. Mai v. J. wurde ihm die Anzeige gemacht, daß die Hausfrau Weinhold Gerste abgeschickt habe. Er ließ Frau Weinhold daraufhin vorladen, doch sie erschien nicht, worauf er sie selbst nach seiner Amtsstube brachte. Dort angekommen, vorerwähnte Frau Weinhold, die, wie erwiesen wurde, unschuldig war, jede weitere Auskunft unter der Angabe, daß sie die Gerste nicht abgeschickt habe. Graf R., der sie „fesse machen“ und zu einem Geständnis bringen wollte, sprengte sie darauf in die Kohlenlammer des Schlosses ein, wo sie von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags gefangen gehalten wurde. Als die Köchin der Gräfin der Frau durch das Fenster der Kohlenlammer etwas Brot reichen wollte, verbot ihr dies der Graf unter dem Hinweis, daß er die Frau bald entlassen würde. Um 4 1/4 Uhr wurde Frau Weinhold nach einer nochmaligen Vernehmung entlassen. Graf R. hatte sich infolge dessen am 17. Januar vor dem Landgericht in Ratibor wegen Freiheitsberaubung zu verantworten. Der geschilderte Sachverhalt wurde durch die Beweisführung erwiesen, auch gab Graf R. in der Verhandlung ausdrücklich zu, daß ihm der § 118 der Strafprozessordnung, der von der vorläufigen Festnahme handelt, bekannt sei. Die Handlung wurde nicht als ein Vergehen im Sinne nach § 341 des Strafgesetzbuchs dar und war nach § 239 mit mindestens drei Monaten Gefängnis zu bestrafen, welche vom Staatsanwalt auch beantragt wurde. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung, da nach der Angabe des Angeklagten, der sich hierzu berechtigt glaubte, der strafrechtliche Tatbestand fehlte. — Der Bericht des „Oberschlesischen Anzeigers“ läßt nichts darüber verlauten, ob die Ratiborer Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil das Rechtsmittel der Revision einlegen werde.

Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision des Maurers Thiede, welcher am 8. Dezember 1894 vom Schwurgericht zu Berlin wegen Sittlichkeitsverbrechens zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt worden war.

## Soziale Uebersicht.

Bürgerliche Freiheit. Die Vereinigung der Großindustriellen hat unter Herrn v. Stumm's Leitung folgenden Beschluß gefaßt: „Raumann's Blatt „Die Hilfe“ ist nach ihren beiden Probenummern als ein sozialdemokratisches Blatt anzusehen, und es haben gegen dasselbe die Bestimmungen, die 1876 gegen die Sozialdemokratie vereinbart worden sind, in Kraft zu treten, wenn eine größere Verbreitung des Blattes nachgewiesen wird, d. h. es werden alle Arbeiter entlassen, die „Die Hilfe“ lesen, oder eine Wirtschaft besuchen, wo sie ausliegt.“ — Das geht selbst dem konfessionellen „Volk“ zu weit, es bemerkt dazu, daß es in Rußland auch nicht schlimmer sein könne. Und damit dürfte „Das Volk“ recht haben.

Ein sozialwissenschaftlicher Kongress soll Mitte April in Halle a. S. abgehalten werden. Für die Vortragsliste ist folgendes Programm aufgestellt: 1. Die Theorie des modernen Sozialismus (Prof. Dr. Stammer). 2. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung (Geh. R. Prof. Dr. Löning). 3. Die Handwerkerfrage (Geh. R. Prof. Dr. Conrad). 4. Die sozialen Aufgaben in der Arbeiterfrage (Prof. Dr. Dirlh). 5. Beobachtungen und Erfahrungen aus dem Arbeiterleben (mehrere Industrielle haben sich dazu bereit erklärt, darunter Dr. v. Pirquann und Dr. Mohr). 6. Armenpflege (Prof. Dr. Soeffs). 7. Arbeiterorganisationen (Pastor Dr. Lorenz).

Es giebt keinen Nothstand. Nach dem Nachweise des Wiener Anzigers für Obdachlose wurden im Jahre 1894 nicht weniger als 67 994 Personen beherbergt. Fast hunderttausend Menschen also hatten im palastrischen Wien keinen Unterhalt. Davon waren 76 768 Männer, 16 894 Frauen und 4384 Kinder. Alles nur, weil die Sozialdemokratie die Familie gestört.

Ein Streik von Grundbesitzern. In Odense in Dänemark haben die Gutbesitzer und die Bauern, welche Zuckerrüben bauen, einen Verband gegründet, der ihre Interessen gegenüber der Aktiengesellschaft „Königliche Zuckerrübenfabriken“ wahrnehmen soll. Dieser Verein hat der Aktiengesellschaft ein Ultimatum gestellt; wenn dasselbe nicht angenommen wird, würden sie aufhören, Zuckerrüben zu bauen, d. h. also, die Zuckerrübenbauer wollen streiken. Auch auf den Inseln Volland, Falster und Moen herrscht lebhafteste Bewegung in diesem Kulturweige. Die Zuckerrübenfabriken ihrerseits drohen dagegen mit einer Einstellung des Betriebes, wenn ihre neuen Kontratsbedingungen nicht angenommen werden.

Es war vor 20 Jahren, als der Zuckerrübenbau in Dänemark Eingang fand, überall entstanden riesige Fabriken, die mit den umwohnenden Landwirthen feste Kontrakte abschlossen, daß sie unter Kontrolle der Fabriken so und so viel von ihrem Lande mit Zuckerrüben bebauen müßten, daß sie bestimmte Sorten anzubauen hätten. Der freie Privatbetrieb, das Grundprinzip der kapitalistischen Produktion, war damit eigentlich schon damals ausgegeben, aber anfänglich war die materielle Ausbeute eine so bedeutende, daß man gern darauf verzichtete. In den ersten zehn Jahren ging es glänzend, die Fabriken wie die Landwirthe waren zufrieden und nach den — ausgebeuteten Arbeitern fragte niemand. Dann vermehrte sich die Konkurrenz, die Zuckerrübenpreise sanken — und die Streitigkeiten über die alten Verträge begannen. Die Aktiengesellschaften wollten neue günstigere Verträge erreichen und die Landwirthe erklärten, darauf nicht eingehen zu können. Sie bildeten sofort Organisationen zur Wahrnehmung ihrer Interessen und so entstand die jetzige Lage. Auf einer am letzten Sonntag stattgefundenen Vereinbarungs-Versammlung des Ausschusses haben aber die Fabriken in den Hauptfragen ihre Bedingungen durchgesetzt, weil die Vertreter der Leeren Zuckerrübenbauer nicht fest genug zusammenhielten. Am derartigen in Zukunft zu verhindern, soll nun ein gesammter Fachverein der Rübenbauer begründet werden. Ob übrigens die Rübenbauer die Vereinbarungen des Ausschusses anerkennen werden, bleibt noch abzuwarten.

## Gewerkschaftliches.

Au die Porzellan-, Galanterie- und Glasmaler Verlus! Die Kollegen aus den Malereien vorbenannter Branchen werden hiermit aufgefordert, in die Donnerstag, den 24. Januar bei Streif, Raumannstraße 88, stattfindende Kommissionsungung Vertrauensmänner zu entsenden. Dieselben haben auch die in letzter Zeit ausgegebenen statistischen Fragebogen mitzubringen. Anfang präzise 9 Uhr. Am möglichst pünktliches Erscheinen von Seiten der Kommissionsmitglieder sowie der Vertrauensmänner wird gebeten. S. d. Ortsverein d. Porzellan- und verrn. Arbeiter. Carl Gohl, Galanterie, 125 v. IV.

Die Differenzen in der Pelagiepfabrik von Gilmann, Herbst u. Langer in Muggenhausen-Nürnberg sind am Sonntag beglichen worden. Die Direktion erklärte sich bereit, die Fabrikordnung in 14 Tagen im Verein mit der Arbeiter-Kommission zu ändern, wenn am Montag die Arbeit um 7 Uhr morgens pünktlich wieder aufgenommen wird. Die Direktion sicherte außerdem zu, daß keinerlei Maßregelung stattfindet. Die Streikenden erklärten sich mit dieser Abmachung mit allen gegen drei Stimmen einverstanden.

Die streikenden Schneider der Werkstätte von Weber in Magdeburg versuchten mit dem Arbeitgeber zu unterhandeln, wurden von diesem aber kurz abgewiesen.

**Achtung, Seiler!** In der Säbnerlei von Gebrüder Haas in Stralsburg i. G. ist wegen einer Lohnkürzung von 30 pCt. ein Streik ausgebrochen. — In Speyer sind mehrere Verbandsmitglieder der Verwaltungsstelle des Verbandes der Seiler und Knechteläger gemahnt worden. Der Vorstand des Seilerverbandes ersucht dringend, den Zugang nach den genannten Orten fernzuhalten.

Die Lage in Brooklyn wird immer ernstlicher. Die streikenden Straßenbahnbeamten, so meldet der offizielle Telegraph, zertrümmerten einige Wagen und es kam mehrfach zu Zusammenstößen zwischen ihnen und der bewaffneten Macht. Dabei wurden eine große Zahl Männer, Frauen und Kinder zu Boden gerissen, einige wurden durch Bajonettstiche verwundet, auch mehrere Soldaten erlitten Verletzungen. Vor den Zugängen zu den Stellungen wurden Kanonen aufgeführt. Die Bevölkerung begünstigt die Streikenden und liefert ihnen Geld und Lebensmittel. Gegen Abend wandte sich die Menge wiederum gegen einen Wagen; eine Truppenabteilung gab Feuer; die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht bekannt.

## Vermischtes.

Eines gar gestrenkten Polizeichefs hat sich die ostpreussische Stadt Tilsit zu erfreuen. Dieser Herr muß eine wunderliche Meinung von dem Umfang seiner Amtsbefugnisse haben oder — glauben, daß das Umhurzgesetz bereits vom Reichstag und Bundesrath angenommen sei. Wir geben unseren Lesern ein Probchen von der Wirksamkeit dieses pflichttreuen Beamten, indem wir einem Tilsiter Bürger das Wort ertheilen, der übrigens, wie wir bemerken wollen, nicht Sozialdemokrat und noch viel weniger Anarchist, Dynamitard u. s. w. ist. Der betreffende Mann, Maschinenmeister Ernst Mehl, schildert sein Erlebnis folgendermaßen: „Heute — am 17. Januar 1895 — früh, etwa um 8 1/4 Uhr, wurde mir durch meine Frau die Nachricht, daß 4 Polizisten (schreibe vier Polizisten) in meine Wohnung gekommen wären, um daselbst Haussuchung zu halten. Sofort begab ich mich aus dem Geschäft in meine Wohnung und fand hier die 4 Polizisten in der eifrigsten Arbeit beim Durchsuchen meiner Sachen. Meine Frau weinte, und händeringend empfing mich dieselbe mit den Worten: „Was hast Du verbrochen?“ Ich selbst stand erst eine Weile sprachlos vor Ueberraschung, fragte später die Polizisten,

was sie zur Haussuchung veranlaßt, worauf der Polizeikommissarius Stadie erklärte er suchte nach Schriften (ob nach politischen, wurde mir nicht gesagt). Auf meine weitere Frage, wer die Haussuchung veranlaßt habe, wurde mir nicht gleich, aber allmählich die Antwort, daß der Polizeichef Wittschel den Auftrag dazu erteilt habe. Noch vor meinem Erscheinen in der Wohnung hatte einer der Polizisten ein Kästchen, welches eine Korallenleiste, eine Uhr u. erhielt, meiner Frau zurückgegeben. Ein Quittungsbuch, in welchem über bezahlte Miete quittiert war, hielt meine Frau gleichzeitig mit dem vorher erwähnten Kästchen in der Hand und wollte beide Sachen, also auch das Quittungsbuch, als nichts bedeutend beiseite legen, fragte aber vorher: „Das kann ich wohl auch weglegen“, worauf der Polizeikommissarius Stadie, wahrscheinlich vermuthend, daß meine Frau etwas Verdächtiges beiseite wolle, unter anderem sagte, er habe das Recht, sie knebeln zu lassen. (Wie soll man dieses Wort in bezug auf die Haussuchung einer Frau gegenüber auffassen oder welche Bedeutung demselben beilegen?) — Die wohl länger als eine Stunde dauernde gründliche Haussuchung ergab nun selbstverständlich nichts, was mich in Verlegenheit hätte bringen können, weil ich mich noch niemals als politischer Agitator — um einen solchen sollte es sich vermutlich hier handeln — gerirte, wohl aber, wo die Gelegenheit geboten war, freisinnige, konservative und zuweilen auch sozialistische Versammlungen besucht habe. Daß ich das letztere verbrochen habe, mag mir wohl die heutige Haussuchung eingebracht haben. — Ob ich ein Kartellträger sei, das war die letzte Frage des Polizeikommissarius Stadie, die er an mich richtete und unter Mitnahme eines harmlosen Flugblattes, eines ebensolchen die Politik gar nicht berührenden Zirkulars, sowie eines gedruckten Buches wissenschaftlichen Inhalts Laite die Haussuchung ihr Ende erreichte. Gedrückt, wie ich mich durch den Vorfall fühlte, begab ich mich sofort auf die Staatsanwaltschaft, um zu erfahren, ob gegen mich Denunziationen vorliegen und ob dieselbe die Haussuchung bei mir veranlaßt hätte. Dieses war nicht der Fall, und wurde ich seitens des Herrn Staatsanwalts an Herrn Ober-Bürgermeister Theising verwiesen; letzterer erklärte mir auch in liebenswürdiger Weise, daß er von einer gegen mich vorliegenden Unternehmung, sowie von einer Verfügung, auf welche sich eine Haussuchung bei mir richtete, nichts wisse. Ob hier eine Verletzung des § 339 des Strafgesetzbuches, „Mißbrauch der Amtsgewalt“, und des § 98 V der Strafprozessordnung vorliegt, wird die meinerseits beantragte Untersuchung ergeben.“

Sind das auch Kämpfer für Ordnung, Religion und Sitte? Aus Ernststraße, einem Gut in Westpreußen, wird uns folgender Vorfall gemeldet: Bei einer am 19. Januar abgehaltenen Jagd hat der Hauptmann Bedelsdorf ein Mädchen angeschossen. Die Unglückliche lag den ganzen Tag über mit zwei Erostfortörnern im Kopf beunruhigt daneben; ein Arzt konnte erst für den nächsten Tag zur Stelle geschafft werden. Auch wurden in der Jagdgesellschaft Stimmen laut, daß es mit der Unglücklichen wohl nicht so schlimm stehe. Man brühte ihr schließlich die Geldsumme von 1,50 M. in die Hand

und setzte dann die Jagd fort. Ob die Angeschossene am Leben bleiben wird, weiß man nicht.

Das Sihen in den Schulen ist längst als gesundheits-schädlich erkannt worden; wie denn überhaupt die „sichende Lebensweise“ notorisch die Ursache vieler Krankheiten ist. Bis zu einem gewissen Grade läßt sich dem Uebel sehr leicht dadurch abhelfen, daß die sitzende Stellung in eine stehende verwandelt wird. Ein Leipziger Lehrer schlägt vor, daß in den Schulen zwischen sitzender und stehender Stellung abgewechselt werde. Und wir fügen diesem vernünftigen Rath den weiteren hinzu: möge jeder, der nicht körperlich daran gehindert ist, sich zum Schreiben ein Stehpult anschaffen. Tausend Leiden wird dadurch vorgebeugt werden.

Das Schiffunglück auf dem Mississippi. Aus Louisville wird berichtet:

Auf dem gescheiterten Dampfer „State of Missouri“ sind nur 6 Personen ertrunken.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Post-) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

- A. 1. Machen Sie einen schriftlichen Vertrag und lassen Sie ihn stemmeln.
- C. F. 10. Ja.
- Ech. 3. 124. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.
- 72 N. G. Ihre Fragen sind nicht verständlich ausgedrückt.
- A. A. 18. Ja.
- A. A. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.
- M. B. 87. Die nothwendigsten Sachen dürfen nicht gepfändet werden.
- W. B. Um was für einen Verein handelt es sich?
- C. G. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.
- A. N. 1000. Nein.
- Alter Abonnent dort. Wenden Sie sich an die Invaliditäts-Anstalt, Klosterstr. 41.
- C. G. 100. Ja.
- G. R. Eine derartige Wette ist rechtlich unverbindlich.
- A. 51. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.
- N. E. 79. 1. Machen Sie sofort den Eigentümern Mittheilung von der Pfändung. Zu 2 und 3 ist der Sachverhalt genau anzugeben.
- Abonnement, Fürbringerstraße. Wenn es sich um ein eheliches Kind handelt, nein.
- M. W. Die Herrschaft ist zur Fürsorge für kranke Dienstboten nur verpflichtet, wenn dieselben keine Verwandten in der Nähe haben, die sich ihrer annehmen vermögen und nach den Gesetzen schuldig sind.
- V. P. 100, A. G. 100. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.
- A. B. 40. Der Antrag ist an den Justizminister zu richten.
- B. T. 82. Machen Sie Ansprüche auf Bewilligung der Unsolvenz.
- Thüringen 75. Legen Sie den Sachverhalt noch einmal dar.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

## Theater.

- Mittwoch, den 23. Januar. Opernhaus. Symphonie der königlichen Kapelle.
- Schauspielhaus. Galati. Die stille Wache.
- Deutsches Theater. Der Tokisman.
- Berliner Theater. Hölle Jungen.
- Festung-Theater. Die wilde Jagd.
- Heues Theater. Demi-Monde.
- Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
- Theater Unter den Linden. Der Probeluß.
- Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Klettermaus.
- Schiller-Theater. Jagar's Sohn.
- Selbstmord-Theater. Mein junger Mann.
- Alexanderplatz-Theater. Das Privatlogis. Die Directrice.
- National-Theater. Die Braut von Messina.
- Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

## Schiller-Theater.

- (Wallner-Theater.) Wallner-Theaterstrasse.
- Mittwoch, 23. Januar, abends 8 Uhr: Jagar's Sohn.
- Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr: Jagar's Sohn.
- Freitag, 25. Januar, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Der zerbrochene Krug. Lustspiel in 1 Akt von Heinrich Kleist. Frauenkampf, Lustspiel in 3 Akten von Scribe.
- Samstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr: Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
- Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Fellenfresser. Abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.

## Central-Theater

- 3.ite Jakobstraße Nr. 30. Emil Thomas a. G.
- Anna Blöckers. Josefine Dora.
- Zum 142. Male: O, diese Berliner!
- Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Julius Eindehofer.
- Anfang 1/8 Uhr.
- Morgen: O, diese Berliner!

## National-Theater.

- Große Frankfurterstraße 192.
- Vollk-Borstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
- Gastspiel der kgl. Hofchauspielerin Julia Behre, des Hrn. Carl Wesselsky vom Stadt-Theater in Hamburg und des Herrn Ernst Eppstein vom Stadt-Theater in Würzburg:
- Die Braut von Messina.
- Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.
- Regie: Max Samst.
- Raffendöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
- Donnerstag und Freitag, auf vielfältigen Wunsch: Undine, die Fürstin der Wellen.
- Sonabend: Volks-Borstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen: Maria Stuart.

## Adolph Ernst-Theater

- Auftreten der Grottesktänzerin Miss Rose Batchelor vom Prince of Wales-Theater in London.
- Zum 29. Male: Ein fideles Corps.
- Große Gefangensposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonas Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.
- Anfang 7 1/2 Uhr.
- Morgen: Dieselbe Vorstellung.
- Infolge des großen Andrangs bleibt die Posse von Vormittags 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

## Feen-Palast

- Surgstr. 22, neben der Börse.
- Täglich Gr. Spezialität-Vorstellung
- Auftreten von 20 Künstlern allerersten Ranges.
- Entree 30 Pf. (Anfang Wochen-tags 7 1/2 Uhr.)
- Sonntags: Concert 6 Uhr, Vorstellung 7 Uhr.
- Der ca. 5000 Personen fassende Saal steht den pp. Vereinen und Gewerkschaften zu Festlichkeiten zur Verfügung. Auch können an allen Tagen bis 8 Uhr nachmittags Versammlungen abgehalten werden.
- Die Direction.

- Unter den Linden 21. Jeden Sonntag Nachmittags Familienvorstg. zu halb. Preisen.
- Orientalische Ali-Zauber und Bey's Wunder.
- Täglich Anfang 1/8 Uhr.

## Urania

- Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
- Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
- Geöffnet von 5-10 Uhr.
- Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
- Näheres die Anschlagzettel.

## Passage-Panopticum.

- Neu! Neu!
- I. Prof. Frdr. Schwiago's Wandernde Lichtbilder.
- II. Das Lied von der Glocke in 15 lebenden Bildern mit transparentem Hintergrund.
- Musik von Romberg.
- Der Meister: Rob. Biberti vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

## Parodie-Theater

- Oranien-Strasse 52 (am Moritzpl.).
- Die Weber.
- Vorher: Im Fluge durch die Welt.
- Tannhäuser. Anfang 1/8 Uhr.

## Circus Renz

- Carlstrasse.
- Mittwoch, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Große brill. Vorstellung.
- Tjo Ni En. (Beim Jahreswechsel in Peking.) Neue Musik-Einlagen.
- Außerdem: Agat, arab. Bollblut-Schimmelhengst, als Feuerpferd dress. u. vorgeführt vom Direktor Fr. Renz.
- Concurrenz-Schule, ger. v. d. Damen Fr. Wally Renz u. Frau Renz-Stark in Uniform, u. d. Schulsoldaten Cromwell u. Maestoso u. den Steigern Alep u. Solon.
- Auftreten der Herren Vaslesku u. Banola am Schack Neck.
- Doppel-Vollgie der Herrn Passio und Gustav. Grand Pas de deux sérieux zu Pferde v. Mih Rose u. Mr. Frankl.
- Auftreten des Herrn Gustav Hüttemann (als Gast) mit seinem Schupferde Cincinatus. Die excentrischen Riowns Gebr. Villard u. c.
- Morgen, Donnerstag: Tjo Ni En. Herr G. Hüttemann (als Gast).
- Fr. Renz, Kommissionsrath.
- Nur noch kurze Zeit!

## Circus G. Schumann.

- Friedrich Karl-Ufer.
- Texas Jack's American Prairie Life-Show.
- Täglich abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.
- Ringkampf zwischen dem Meisterschaftsdringer der Welt Herrn Ernest Roeder und dem Kaufm. O. Lause, hier.

## Castan's Panoptikum.

- Noch nie dagewesen!
- Die Tiefen des dunkeln Erdtheils:
- Die Dinka,
- 40 Männer, Frauen u. Kinder.
- Das scheckige Mädchen Marietta.
- Weihnachts-Ausstellung

## Kaufmann's Variété.

- Nauke ist da!
- deshalb täglich ausverkauft.
- Keine Reklame, Thatsache!
- Haben Sie Nauke als Pauline vom Ballet
- gesehen? Nein! Da haben Sie überhaupt noch nichts gesehen, denn es ist die unbeschreiblich komischste Nummer, die ich je gesehen habe!
- Außerdem 16 Glanz-Akt.

## Danksagung!

- Für die so reiche Theilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, des Schantwirths Friedrich Hahn
- sage allen lieben Verwandten und Freunden, auch dem Verein „Gemeinschaft“, insbesondere Herrn Prediger Beierhoffer für die Trostesworte am Sarge des Entschlafenen, hiernit meinen aufrichtigsten Dank.
- 2907b
- Wittve Sophie Hahn, Zahnstr. 3.

## Gr. Volksversammlung

- zum Besten der Arbeiter-Bildungsschule
- am Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Keller's großem Festsaal, Kopenstr. 29 (an der Frankfurterstraße).
- Tages-Ordnung:
- 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wilh. Liebknecht über: Die Freiheit der Wissenschaft.
- 2. Diskussion. Zutritt hat jedermann. Um starke Theilnahme aller Genossen und Freunde der freien Wissenschaft wird ersucht.
- Der Einberufer.

## Danksagung.

- Allen denen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, sage ich meinen innigsten Dank.
- 23086
- Die trauernde Wwe. Jonas nebst Kindern.

## Sargmagazin

- u. Beer-digungs-komtoir, Schuhmacher, Swinemünderstr. 140.
- Achtung! Achtung! Große öffentliche Volksversammlung am Donnerstag, d. 24. Jan., Abends 8 Uhr, bei Gründel, Brunnenstr. 188.
- Tagesordnung:
- 1. Stellungnahme zu dem von der Zentrumsfraktion eingebrachten Beschlusse betreffs Einschränkung des Hausir- und Wandergewerbes. Referent Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt.
- 2. Diskussion.
- 3. Verschiedenes.
- 22906
- NB. Sämmtliche Händler, Kaufleute, Marktreisende, Straßen- und Lokalhändler sind zu dieser Versammlung der wichtigen Tagesordnung wegen eingeladen. Genossen, Kollegen und Kolleginnen, erschein Mann für Mann.
- Der Vertrauensmann der Händler R. S. H., Hirtensfr. 20.
- Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.
- Vorkost-Gestäft verlaufe wegen Uebernahme andern Unternehmens Josef Marstiusstr. 11. 23056

## Kinder-Wagen.

- Kranlenwagen
- Korbwaren
- Holzwaren
- größtes Lager
- Berlins
- Theilzahlung gestattet.
- Musterwagen gratis, empfiehlt
- A. W. Schulz,
- Brunnenstr. 145 (Ecke Rheinsbergerstr.), Hauptgeschäft Brunnenstrasse 95, vis-a-vis Humboldtthain.
- Teleph. N. 3. Nr. 1767.

## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 22. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Fürst Hohenlohe, v. Marschall, Woffe, Miquel, Thielen, von Hammerstein, von Köller, Schönfeldt.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Staatshaushalts-Etats für 1895-96.

Abg. Bachem (Z.): Eine große allgemeine Verbesserung unserer Steuerverhältnisse ist eingetreten, eine gerechtere Verteilung hat stattgefunden, aber nicht eine Steuererleichterung, nicht eine Entlastung des ganzen Volkes, sondern nur eine Entlastung einer Anzahl einzelner hat stattgefunden. Aufzufallen ist mir in der Rede des Finanzministers, daß er wiederum stark betont hat, daß die Gemeinden ihre Bedürfnisse hauptsächlich aus Realsteuern decken sollen. Unsere Ansicht ist in das nicht gewesen. Unsere Ansicht ging dahin, den städtischen und ländlichen Grundbesitz möglichst zu entlasten. (Zustimmung im Zentrum.) Redner verweist namentlich auf den Westen; bei 200 pCt. Einkommensteuer und 50 pCt. Kirchensteuer stellt sich die Besteuerung von 10000 M. Einkommen beim Beamten auf 6,5 pCt., beim Privatmann auf 10,5 pCt., beim Gewerbetreibenden auf 14,7 pCt., beim schuldenfreien Grundbesitz auf 21,3 pCt. (Hört! im Zentrum.) Bei dem bis zur Hälfte verschuldeten Grundbesitz auf 30,9 pCt. des Einkommens. Dieses Verhältnis zeigt, daß eine Aenderung erfolgen muß.

Für die Steuerreform war übrigens für uns die Vorbedingung eine Wahlreform. Graf Eulenburg hat dieselbe zugesagt, und das Versprechen ist nunmehr auf den Herrn v. Köller übergegangen. Er sollte schleunigst das ferliche Versprechen erfüllen und uns möglichst bald die statistische Erhebung über diese Frage vorlegen, die das Haus verlangt hat. (Zustimmung im Zentrum.)

Dem Appell des Finanzministers an das Haus in Bezug auf die Reichs-Steuerreform werden wir nicht folgen. Wir halten es nicht für richtig, hier einen Druck auf den Reichstag auszuüben. Warten wir doch ab, ob nicht auch unsere Budgetkommission das Kunststück fertig bringt, das Defizit weg zu bringen. Das wäre sehr wünschenswert; denn jede weitere Steuerbelastung ist im gegenwärtigen Augenblicke eine große Ungerechtigkeit. Begreiflich ist das Defizit für die preussischen Verhältnisse jedenfalls nicht. Wir tilgen von unseren Eisenbahn-Schulden einen erheblichen Betrag und außerdem sind für die Beschaffungen neuer Betriebsmittel 9 Millionen Mark in das Ordinarium eingestellt, was unseren Wünschen und einem Beschlusse des Hauses entspricht. Auch andere Posten sind noch im Etat vorhanden, welche eine Vermögensverbesserung darstellen. Deshalb ist das Defizit unbedeutlich. Zur Deckung desselben will Herr v. Jellich die Einkommen unter 900 M. wieder besteuern. Dagegen müssen wir einhelliges Verbot erheben. (Zustimmung im Zentrum.) Herr v. Jellich wollte auch wohl nur auf die Stimmung des Reichstages einwirken; aber derartige Mittel sind nicht geeignet, Eindruck zu machen. Dem Vorschlag, die Einkommen unter 900 M. heranzuziehen, könnte leicht der andere Vorschlag entgegengesetzt werden, die Einkommen über 10000 M. zu belassen. Ich will diesen Vorschlag heute nicht machen, aber wenn der andere Vorschlag häufiger wiederholt wird, dann wird der Vorschlag kommen. Ein anderer Weg zur Deckung des Defizits wäre die Konvertierung der 4 pCt. Konfols. Die Regierung fürchtet wahrscheinlich die Beunruhigung des Kapitals, das allerdings einer solchen Maßregel den größten Widerstand entgegenzusetzen wird. Die 3 pCt. Konfols werden jetzt sehr bevorzugt und es wird jetzt bald der Zeitpunkt kommen, wo sie auf pari stehen. Wenn wir konvertieren, würden wir volle 40 Millionen sparen und zwar würden durch die Konversion hauptsächlich die stärkeren Schultern getroffen. Denn die Konversionen sind meist in den Händen wohlhabender Leute, freilich auch vielfach in den Händen von Insulten, Stifungen u. s. w., welche im Interesse der armen Leute arbeiten. Redner spricht seine Bedenken aus über die Neuordnung der Gerichtskosten für die freiwillige Gerichtsbarkeit; dieselbe bringe eine erhebliche Verbesserung, aber sie genüge noch nicht, die Justizverwaltung sollte hierbei noch etwas weitergehen; namentlich könnten die großen Objekte noch etwas mehr belastet werden, als vorgeschlagen: Bei 1000 M. betrug die Gebühr 3 pCt., bei 100000 M. 0,4%, bei 1000000 M. 0,18%. Das ist keine Gerechtigkeit. Redner empfiehlt ferner der Budgetkommission, eine genaue Untersuchung anzustellen, ob die verfügbar werdenden Rentmeister und Eisenbahnbeamten auch gerecht behandelt seien. Das Zentrum sei nicht geneigt, den Ausgaben für die Landwirtschaft zu widersprechen. Es seien allerdings in diesem Etat einige Mehrausgaben enthalten, aber sie entsprechen immer noch nicht dem, was für Handel und Industrie ausgegeben worden ist. (Weisfall rechts.) Öffentlich ändert sich jetzt das Verhältnis, da für die Landwirtschaft mehr ausgegeben wird, als für die Industrie. Den Ausführungen über die Unterstützung von Kleinbahnen könnte ich zustimmen, wenn nicht immer von den östlichen Provinzen allein gesprochen würde. Haben denn die östlichen Provinzen allein einen Anspruch auf die Gelder des ganzen Landes? Wir haben im Westen auch zu leiden unter der Notlage der Landwirtschaft. Für die Katholiken sind nur 8000 M. mehr, für die Evangelischen aber 302000 M. mehr als früher in dem Etat enthalten, im Extraordinarium für katholische Zwecke 160000 M. mehr, für evangelische Zwecke 2189000 M. (Hört! im Zentrum.) Müssen solche Dinge nicht die Erbitterung der Katholiken wachrufen? Die Zahl der protestantischen Beamten ist sehr groß; die der katholischen sehr gering. Ist es da nicht begreiflich, daß wir zu kurz kommen? Daher ergiebt sich immer wieder die Notwendigkeit, eine katholische Abteilung zu schaffen. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen.) Wenn seine Majestät an seine Katholiken appellieren muß, was Gott noch recht lange fernhalten möge, so wird dieser Appell nicht ungehört verhallen, wie er 1848 nicht verhallt ist. (Zustimmung im Zentrum.)

Ministerpräsident Fürst Hohenlohe: Der Abg. Richter hat den Mangel an Solidarität im Ministerium bedauert. Der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums hat bereits gestern darauf geantwortet. Ich habe darauf nur zu antworten, daß seiner Zeit bei den Versprechungen innerhalb des Ministeriums keine Meinungsverschiedenheiten bestanden und auch seitdem glaube ich nicht, daß die Regierung Anlaß zu der Annahme gegeben hat, daß Meinungsverschiedenheiten in ihrem Schooße bestehen. Allerdings können ja in einem Kollegium nicht alle Mitglieder derselben Ansicht sein, aber ich bin bemüht, in den Beratungen des Staatsministeriums die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und wenn wir mit Beschlüssen an die Öffentlichkeit treten, so sind wir einig.

Der Reichskanzler erörtert das Entstehen der Gerüchte über Ministerkrisen und fährt dann fort: Wir stehen auf diesem Gebiete zahlreiche Erfahrungen zu Gebote; zunächst in meiner Eigenschaft als bayerischer Ministerpräsident. Ich bin damals

durch ein mich ehrendes Mistravensvotum beider Kammern besetzt worden. Ich bin solchen Gerüchten gegenüber sehr kühl, und möchte Ihnen nur wünschen, daß Sie meinem Beispiele folgen und diese Krisenmächte an sich ablaufen lassen, wie Regentropfen am Regenmantel. Die Sache hat aber ihre erste und bedauerliche Seite. Der Zeitungsleser hat nicht den Gleichmuth, der mir eigen ist, sondern er glaubt den Gerüchten, und daraus entsteht nun Unzufriedenheit, Unruhe und Pessimismus. Lassen Sie mich mit der Hoffnung und dem Wunsche schließen, daß diese Gerüchte endlich ihr Ende finden, und daß es uns vergönnt sei, unsere Arbeit ruhig und ohne Störung zu vollenden, zum Wohle des Vaterlandes. (Weisfall rechts.)

Abg. v. Schallscha (Z.): Die Steuerreform ist allerdings ein Schritt zur Besserung, aber nicht überall wird sie mit Begeisterung begrüßt, namentlich die Vermögenssteuer, deren Einschätzung manche Unbequemlichkeiten mit sich bringt, so daß man beinahe sagen kann, es wirkt wie Brandschatzung. (Weiterleit.) Man sollte bei der Einschätzung Rücksicht nehmen auf die Objekte, welche sich in ihrem Werte vermindern: die Eisenwerke, deren Hochöfen infolge des russischen Handelsvertrages nach und nach ausgeblasen worden, die Baumwollenvermehrer, die im Versehen sind, und die Landgüter, deren Erträge von Tag zu Tag sinken, so daß bei den Domänen die Pachtgelder sich ständig vermindern. Wenn man die 31 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftlich benutzten Landes auf 600 M. für den Hektar schätzt und den Rückgang des Ertrages nur auf die Hälfte anschlügt, so hat eine Entwertung um 9 Milliarden stattgefunden. Als ich im vorigen Jahre den Verlust des Nationalvermögens auf 15-20 pCt. schätzte, bezeichnete Herr von Jellich das als zu pessimistisch. Vielleicht ist er jetzt anderer Meinung. Ich glaube, der Verlust beträgt jetzt schon 25 pCt. (Zuruf Richter's: Woher wissen Sie das?) Ich sehe mit offenen Augen in die Bücher und behalte die Augen auch offen, wenn ich nicht mehr in die Bücher sehe. Andere Leute aber schließen die Augen, wenn sie aus den Büchern heraussehen, oder betrachten alles durch die Goldwährungs-Brille. Man hat gesagt, es handelt sich nicht um einen Verlust an Werten, sondern nur um eine Verschiebung. Wenn einem das Fell über die Ohren gezogen wird, so ist das auch eine Verschiebung (Große Heiterkeit); aber kein Mensch wird sich damit trösten. Die Spross-Konfols haben bald den Parifut erreicht, so daß man an eine Konversion denken muß. Gegen die Notlage der Landwirtschaft kann nur der Getreidezoll helfen, wenn die Landwirthe die schwere Zeit bis 1904 noch durchleben. Erklärend ist nicht bloß das Sinken der Preise, sondern auch die sozialpolitische Belastung der Landwirthe, die für die Wittwen und Waisen der Arbeiter sorgen müssen, ihre eigenen Wittwen und Waisen aber nicht versorgen können. Die Erhöhung der Beamtengehälter war ein Anknüpf der Milliardenzeit; heute ist nicht die Zeit zu solchen Dingen. Es ist die unterwertige Saluta, welche ein Sinken der Preise mit sich bringt. Schnell helfen kann nur der Antrag Kanitz (Aha! links), um den läudlichen Druck, der auf der Landwirtschaft lastet, zu beseitigen. Dieser Druck hat angefangen mit Währung und seinen Kullimationspunkt in der Aera Caprivi erreicht. Es handelt sich nicht um einen Bruch des Handelsvertrages, nicht um ein politisch bedenkliches Monopol wie das Tabakmonopol. Die Handelsverträge gestatten auch die Einführung eines solchen Monopols und wenn wir den Russen, Rumänen und Oesterreichern sagen, daß wir unsern Getreidebedarf nur bei ihnen decken werden, werden sie sehr froh sein. Redner wendet sich an die Minister und fordert sie zu energischem Eingreifen auf. Er schließt mit den Worten: Minister werden ist eine große Ehre, Minister bleiben madmal nicht. (Weiterleit.)

Abg. Richter (Dr. Weg.): Ich halte es nicht für patriotisch unser Land als ein verarmendes darzustellen. Wir stehen jeder Regierung gleich gegenüber. Wie wir den Grafen Caprivi auf das heftigste bekämpften wegen des Volksschulgesetzes und ihn auf das eifrigste unterstützten in seiner Handelsvertragspolitik, so werden wir auch mit seinem Nachfolger verfahren. Wir werden jeden Ministerpräsidenten bekämpfen, der das Schulgesetz wieder ausleben ließe. Hoffentlich liegt das noch sehr fern. Der Etat sieht sich etwas besser dar als der frühere, weil im Reiche die Einnahmen vom Reichstage erhöht sind. Die Zolleinnahmen werden wahrscheinlich den höchsten Stand von 1892 diesmal überholen. Die Mitverantwortlichkeit der Volkvertretung für die Beschaffung der Steuern erkennen wir an, aber wir wollen keine indirekten Steuern bewilligen, nachdem seit 1879 über 400 Millionen bewilligt sind. Früher haben die Einzelstaaten ohne Murren an das Reich gezahlt, jetzt verlangt man Ueberweisungen. Ich hätte es von Herrn Miquel, meinem ehemaligen Fraktionsgenossen, niemals erwartet, daß er sich dem Reichstage gegenüber auf einen Einzellandtag stützen würde. Bezüglich der Kommunalsteuer-Reform kann es nicht so schnell vorwärts gehen, denn der Wandel ist zu stark, daß die Gemeinden ihre Bedürfnisse auf Realsteuern lasten sollen. Der städtische Grundbesitz verdient dieselbe Rücksicht wie der ländliche. Die Unterstützung des Baues von Kleinbahnen ist Sache des Staates, der bisher die Entwicklung derselben gehindert hat. Ich bedauere aber, daß die Tarifreform hockt, daß der Finanzminister sie verhindert. Man muß allerdings mit einem gewissen Muth hineingehen in eine solche Reform. Für Futter- und Düngemittel sollten die Tarife jedenfalls ermäßigt werden. Bedauerlich ist es, daß in dieser Zeit die Schule Preußens mit so erbärmlichen Summen abgespeist wird. Wir konnten nach den Reden des Kultusministers für diese Session auf ein Lehrer-Dotationengesetz rechnen; es soll noch nicht kommen. Wenn für die Schule 20 Millionen gebraucht werden, ich bin bereit, einen Zuschlag zur Einkommensteuer zu bewilligen. (Weiterleit.) Denn Preußen hat seine Stelle an der Spitze der Schulentwicklung verloren, seine Schulen sind überfüllt, die Lehrer zu niedrig besoldet. Ich gewire mich auch nicht, die Konvertierung der Konfols zu empfehlen, denn bei dem Rückgang des Zinssfußes kann man den Kapitalisten nicht eine Liebesgabe von 35 Millionen schenken.

Die Schwierigkeiten, in denen viele Landwirthe sich befinden, erkenne ich an; aber daß die Landwirtschaft dem Tode verfallen sei, ist nicht wahr. Was soll man im Auslande denken über das Sturmlaufen gegen die Verträge durch den Antrag Kanitz. Wie stellen sich denn die Minister zu dem Antrage? Erblicken sie darin eine Verletzung der Handelsverträge? Erst denn das keine Gefahr mit sich bezüglich Auslands, wenn tagtäglich die größte Partei des Abgeordnetenhauses den Antrag Kanitz fordert, der zweifellos ein Bruch des Handelsvertrages ist? Können wir uns wundern, wenn die Russen ihrerseits den Vertrag so auslegen, daß unsere Erwerbskreise geschädigt werden? Es liegt im Staatsinteresse, daß die Regierung im Reich und in Preußen schnell zu dem Antrag eine klare Stellung einnimmt. Sind denn die Konservativen im Reichstag für den Antrag eingetreten? (Graf Eulenburg: Gewiß sind wir eingetreten!) Ja, Sie sind über allen Zweifel erhaben. Sie sind aber nicht die Konservativen. 45 haben für den Antrag Kanitz gestimmt, davon waren 35 Konservative, 26 haben aber gefehlt. Aber im Lande machen Sie Stimmung für den Antrag durch die Agitation des Bundes der Landwirthe. Wenn der Antrag Kanitz im Reichstage wiederkehrt, dann werden

die Sozialdemokraten den Gegenantrag auf Verstaatlichung der Landwirtschaft einbringen. Ist es recht durch solche unerfüllbaren Hoffnungen das Land aufzuregen? Damit fördern Sie nur die Sozialdemokratie. Graf Caprivi ging, er fiel dem Ansturm der Agrarier zum Opfer, trotzdem er die Mehrheit seiner Kollegen hinter sich hatte. Die Minister müssen solchen Dingen gegenüber Stellung nehmen. (Widerspruch rechts.)

Finanzminister Miquel: Wenn der Antrag Kanitz eingebracht werden sollte, dann wird die Reichsregierung dazu Stellung nehmen. Die Frage der Konvertierung habe ich absichtlich nicht erörtert, weil nichts dabei herauskommt. Die Frage, ob der jetzige Zinssfuß dauernd ist oder auf vorübergehenden Ursachen beruht, ist noch nicht zu übersehen. Allerdings meine ich, daß eine Konversion selbst auf 3 pCt. unter gewissen Voraussetzungen in diesem Augenblicke gelingen würde, aber diese Frage ist nicht eine rein fiskalische. (Zustimmung.) Also die Staatsregierung hat zu dieser Frage noch keine Stellung genommen, also auch ich nicht. (Weiterleit.) Es wird von der künftigen Entwicklung abhängen, was wir demnächst thun werden. (Heiterkeit.) Herr Richter und Herr Bachem halten jede Anspannung der direkten Steuern für gerecht, jede Erhöhung der indirekten Steuern für ungerecht. Ich bedauere, daß Herr Bachem, der in dieser Beziehung, wenn auch nicht mehr Autorität, so doch mehr Gewicht hat als Herr Richter (Weiterleit), diese alte Theorie vertritt. 97 pCt. der Steuerzahler haben ein Einkommen unter 6000 Mark, also gerade den Mittelstand würden neue direkte Steuern am meisten treffen. Beim Tabak haben wir jetzt die ungerechteste Steuerform nach Gewicht bei einer Differenz von 1000 Zigarren für 50 M. und 1000 Zigarren für 1000 M. Wir müssen den kleinen Tabakbauern Luft machen und Beschäftigung geben. (Zustimmung rechts.) Herr Richter meint, das Reich werde auch in Zukunft seine Finanzen selbst balancieren können. Ich will abwarten, wie weit die Zukunft geht und wie lange noch die künstliche Erhöhung der Einnahmen im Reichsetat gelingen wird. Herr Graf Eulenburg beschwert sich über die Einschätzung zur Erzeugungsteuer. Nach den Instruktionen muß jedes Gut im ganzen und nicht in seinen einzelnen Theilen geschätzt werden. Wir werden das Gesetz loyal anwenden, ich bin der letzte, der es übertrieben gegen die Landwirtschaft anwenden möchte. Die Mehrheit des Hauses wird sich überzeugen, daß der jetzige Finanzzustand nicht dauern darf, sonst wird die Heilung immer schwieriger. Nach den Mehrausgaben im Reich muß dieses die neue indirekte Grunderwerbsteuer für den Tabak einführen. Die Einzelstaaten haben auf die Mehrausgaben verzichtet, weil wir aus der Noth eine Tugend machen mußten. Allerdings sind wir entschlossen, wenn im Reich nichts gebessert wird, mit eigener Kraft in Preußen Wandel zu schaffen. Dann ist das schwere Uebel der Stockung des Finanzwesens im Reich zwar für uns überwunden, aber es bleibt ein schwerer Schaden für das gesammte Reich, und unter diesem Schaden werden wir doch mit leiden müssen. (Weisfall rechts.)

Abg. v. Erffa (L.): Erschrecklich ist, daß man die Viehzucht schützen will gegen die ausländischen Seuchen; man sollte aber auch im Innern die Viehprodukte schützen, z. B. die Butter gegen die Margarine. In den Abfallmitteln gegen die Noth der Landwirtschaft gehört auch die Börsenreform in dem Sinne, daß der Terminhandel in stiftigen Waaren verbindet wird. Das Börsenregister findet anfallend starken Widerstand; die beiden Männer, die den Muth hatten dafür einzutreten, sind aus dem Vorstande der Börse herausballotirt worden. (Weiterleit.) Ferner muß der Zuckerrindvieh gebolten werden durch Prämien, da die anderen Staaten ihre Prämien nicht beseitigt haben. Daher und infolge des Aufgebens der Materialsteuer rühren die abnorm niedrigen Rübenpreise. Die Prämien müssen nicht allein verlängert, sondern auch erhöht werden; außerdem sollte man die Zuckerrindviehkontingente, zu der sich jetzt bei der schlechten Rentabilität der anderen landwirtschaftlichen Branchen alles drängt. Aber schnell muß etwas geschehen, ehe es zu spät wird. Wenn man in Amerika unseren Zucker schlecht behandelt, so sollte man mit Repressalien vorgehen, denn Amerika braucht uns mehr als wir es gebrauchen. In Bezug auf den Antrag Kanitz stehe ich auf dem Standpunkte meiner Freunde. (Rufe: Jellich.) Sozialistisches findet sich in dem Antrag nicht; die Sozialdemokraten können dagegen wie gegen jedes Monopol. Ein Staatsmonopol ist mir lieber als das private Börsenmonopol, welches der Freium allerdings schließt. (Weisfall rechts.) Selbst wenn ein Tropfen sozialistisches Oel an dem Monopol kleben sollte, so wäre das nicht schlimm. Wenn die Reichsmaschine den Dienst verlagert, dann wäre es Aufgabe der Reichsregierung, die Zustände zu beseitigen, welche hinderlich sind. In dem Bestreben, einen solchen Weg zu finden und zu suchen, werden die Konservativen jeder Zeit hinter der Reichsregierung stehen. (Auf links: Soll das der Staatsstreik sein?) Weisfall rechts.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. von Jellich und Bachem wird nach 4 Uhr die weitere Debatte bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

## Versammlungen.

**Berichtigung.** In dem in Nr. 18, zweite Beilage, erschienenen Referat über meinen in der Arbeiter-Bildungsschule gehaltenen Vortrag: „Die Frau in der Gegenwart“ heißt es: „dem Verlangen der Diskussionsredner, die sozialdemokratische Frauenbewegung zu unterstützen, da jeder Sozialdemokrat eo ipso Verteidiger der Frauenrechte sei, wolle sie (die Rednerin) nach Kräften nachkommen.“ Dieser Satz beruht auf einem Mißverständnis. Ich habe in meinem Schlussworte vielmehr gesagt, daß ich nach Kräften dafür wirken wolle, daß die Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung die sozialdemokratische Frauenbewegung kennen und ohne Vorurtheil beurtheilen lernen.

Sitz von Gyzki.

**Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein (Hilale Nord)** hielt am 16. Januar eine Wanderversammlung in Schneider's Salon, Belfortstraße ab. Das Referat hatte Genosse Baumann übernommen, der in recht interessanter Weise über: „Die Frau des Proletariats und die Damen der Bourgeoisie“ sprach. In der Diskussion gaben die Ausführungen eines Herrn Vernein, der sich berufen fühlte, die Frauen der Bourgeoisie gegen die Angriffe des Referenten in Schutz zu nehmen, zu einer lebhaften Auseinandersetzung Anlaß. Nach der Aufnahme neuer Mitglieder erfolgte der Schluß der Versammlung.

In einer Versammlung derselben Vereinigung, die am 17. Januar bei Krause, Wilmersdorferstraße tagte, referirte Frau Scholz über das Thema: „Die Bedeutung der Frau in der heutigen Gesellschaft“. Der Vortrag fand in der Versammlung allseitige Zustimmung.

Eine weitere Versammlung der Hilale Moabit tagte am 18. Januar. Auf der Tagesordnung stand ein Referat der Frau Scholz über das Thema: „Die Kinder des Volkes“. Die treffende Schilderung der Vortragenden über die Ausbeutung der Kinderarbeit, fanden einen lebhaften Beifall in der Versammlung. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner im Sinne des Referats.

